

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

11 (14.1.1914)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnement: Vierteljährlich 75 Pf., halbjährlich 1.25 M., jährlich 2.25 M.; abgeholt monatlich 2 Pf.; am Postkassett 2.10 M. durch den Briefträger 2.52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalinserta 6 Zeilen. Schluß d. Inseratenannahme 10 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Allgemeine Finanzdebatte im badischen Landtag.

I. Tag.

Die gestern begonnene allgemeine Finanz-Debatte brachte zuerst einen ziemlich troden und langatmig gehaltenen Bericht des Vorsitzenden der Budgetkommission des Abg. Kopp (Zentr.) In dem bei Eröffnung des Landtages vom Finanzminister Rheinboldt gegebenen Finanzreporte begrüßt auch der Berichterstatter die nicht ungünstige Finanzlage als eine sehr erfreuliche Erscheinung. Nicht aber glaubt der Abg. Kopp sich mit der Ankündigung des Finanzministers, bezüglich der Steuererhöhung für den nächsten Landtag einverstanden zu erklären. Unter Zustimmung seiner Fraktion betont er nachdrücklich, daß er für eine Steuererhöhung nicht zu haben sein werde. Eine Regulierung der Dienstverhältnisse der Staatsbeamten und Arbeiter müsse sich ohne eine weitere Anspannung der Steuerkräfte ermöglichen lassen. Gegenüber den Privatbeamten seien die des Staates insofern schon im Vorteil als deren geistigen und körperlichen Kräfte bei weitem nicht in dem Maße in Anspruch genommen würden als das im Privatbetriebe in der Regel zutrefte. In der derzeitigen Anwendung der Vermögenszuwachs- und Wertzuwachssteuer sieht der Berichterstatter eine ungleiche und auch ungerechte Belastung namentlich des Grundbesitzes der ja bekanntlich auf Grund der bestehenden steuerlichen Verhältnisse gerade nicht auf Rosen gebettet sei.

Ein bemerkenswertes Merkmal im diesmaligen Budget sei die außerordentliche Steigerung des Personalaufwands. Die Vermehrung der neuen Beamtenstellen, namentlich die Umwandlung der nichtetatmäßigen in etatsmäßige, siehe im Widerspruch mit der auf den früheren Landtagen von beiden Säulern verlangten Vereinfachung der Staatsverwaltung. Die Ankündigung der Regierung, daß in der diesmaligen Session des Landtages eine Aufbesserung der Beamtengehälter nicht vorgenommen werde, habe in den beteiligten Kreisen tiefe Mißstimmung hervorgerufen. Wohl oder übel müßten sich die Staatsbeamten mit der unabwehrbaren Tatsache abfinden. Redner wünscht hierbei, daß die Regierung bei Regelung der Beamtengehälter zugleich einen Gesetzentwurf über die Bezüge der Altpensionäre vorlege. Es handele sich hierbei um eine hohe soziale Pflicht, der jetzige Zustand, wonach die Beteiligten mehr auf den Gnadenweg angewiesen seien, sei der Staatsverwaltung unwürdig. Eine Erhöhung der Dienstverhältnisse einzelner Arbeiterkategorien schon während dieses Landtages könne nicht von der Hand gewiesen werden. Weite Sparmaßnahmen bei den zukünftigen Budgetberatungen sei am Platze, die Regierung dürfe nicht zu unnötigen Ausgaben gedrängt werden.

Diskussion:

Den Reigen der Reden eröffnet der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Abg. Zehner der die Verdienste des vor kurzem verstorbenen Finanzministers a. D. Dr. Beder nochmals lobend hervorhebt. Die Ausführungen des Redners lehnen sich im Großen und Ganzen an die Ausführungen seines Fraktionsgenossen Kopp an, wobei er namentlich dessen Angaben über die günstige Finanzlage unterstreicht. Die in den Einnahmen des Budgets erstmalig erscheinenden 30 000 M. für Kalifonzeffion seien mit Freuden zu begrüßen, umso mehr als die Kalifonzeffion sich auf dem Vormarsche befinde. Von neuen Steuern will der Sprecher des Zentrums wie sein Genosse Kopp nichts wissen, die müsse sich der Finanzminister aus dem Kopp schlagen. Die Eisenbahnverwaltung müsse als selbständiger Verwaltungszweig auf eigene Füße gestellt werden. Dem Unterrichtsministerium wird anheimgegeben bei Erweiterungsbauten die Stadtverwaltungen finanziell heranzuziehen, sei es dadurch, daß diese wenigstens den Grund und Boden kostenlos zur Verfügung stellen. Bei wissenschaftlichen Forschungen wird eine rationelle Arbeitsteilung gewünscht. Der Volksschule müsse erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Gemeinden müßten bezüglich der Aufwendungen für Volksschulzwecke entlastet werden. Für den Antrag der Konservativen die Kosten der Volksschule in den Gemeinden, auf die Staatskasse zu übernehmen, kann sich der Redner nicht erwidern.

Zum Ministerium des Innern übergehend verlangt der Sprecher des Zentrums, eine größere Berücksichtigung des badischen Hinterlandes. Bei Errichtung der notwendig gewordenen Irrenanstalten hätte das Land öftlich des Redners sehr wohl bevorzugt werden können. Um die Leistungsfähigkeit der Sparassen zu erhöhen, empfehle sich die Umwandlung bzw. Neubildung von Bezirksparassen. Bei den Kreislagern sei die Zurückführung eines neuen Aufgabekreises nicht so notwendig als die Reform des Wahlrechts. Zur Denkschrift der Regierung über die Einführung des Proportionalwahlrechts ist es ihm nicht möglich, sich der Abg. Zehner nicht festlegen. Es sei in seiner Fraktion bisher noch keine Zeit vorhanden gewesen, sich mit dieser Pro-

ge zu beschäftigen. Dieses verschämte Ausweichen vor einer prinzipiellen Stellungnahme zu dieser hochaktuellen Frage wird auf den Banken der linken Seite des Hauses mit verständnisvollem Lächeln quittiert.

Bezüglich der durch die Landtagswahlen geschaffenen politischen Situation glaubt Abg. Zehner eine starke Verschiebung nach rechts konstatieren zu müssen. Ebenso sei auch innerhalb der Nationalliberalen eine Stärkung des rechten Flügels unterleubar. Bei der Präsidentenwahl sei Fraktionszwang deklariert worden, sonst hätten Krauth, Bitter und Niederbühl in Konsequenz ihrer politischen Haltung während der Landtagswahl für den Kandidaten des Zentrums stimmen müssen. Nach der seither beobachteten Haltung dieser drei Außenreiter müßte es sich das Zentrum sehr überlegen, ob es in Zukunft den Nationalliberalen wieder in den Sattel helfe. Die Vortragsverbote des Jesuitenpaters Cohanz geben dem Abg. Zehner Gelegenheit der Regierung eine ziemlich energische Philippika zu halten. Die ministeriellen Maßnahmen ständen im Widerspruch mit den Bestimmungen des Jesuitengesetzes. Um den positiven Christenglauben zu stärken, sei die Zulassung von kirchlichen Orden und Klöstern eine absolute Notwendigkeit. Der Heidelberger Landgerichtspräsident klagt schließlich noch über unnötige Geschäftsbelastung die mit Justiz und Rechtsprechung nichts zu tun hätten. In sozialpolitischer Hinsicht sei für die Arbeiter genug getan, jetzt müsse der sozialen Fürsorge des Handwerks gedacht werden. Alles in allem war diese Streikrede des Zentrums matt wie Limonade, jedes hohen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunktes bar.

Am Mittwoch kommt die Linke des Hauses u. a. Gen. Kopp zum Wort. Dann wird's schon lebendig werden.

11. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Karlsruhe, 13. Januar.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.50 Uhr. Im Regierungssitz: Staatsminister v. Dusch, die Minister v. Rodman, Dr. Rheinboldt und Dr. Böhm.

Im Eingang befinden sich verschiedene Petitionen, und zwar eine vom Abg. Stockinger übergebene, der Gemeinde Tiefenbrunn, Mühlhausen, Lehningen und Steinegg, Errichtung einer staatlichen Autolinie nach Forstheim betr., eine Petition um Erbauung einer Bahn Waldsüt-Jestetten betr., die nationalliberale Fraktion teilt mit, daß sie als Stellvertreter des Abg. Köhlin den Abg. Ringwald in die Petitionskommission entsende.

Der Gesetzentwurf, die Aufbesserung gering besoldeter Pararer aus Staatsmitteln betr. (Dotationsgesetz), wird an die Budgetkommission überwiesen.

Hierauf wird in die Beratung und allgemeine Diskussion über das

Finanzgesetz

eingetreten.

Abg. Kopp (Ztr.) erstattet den Bericht als Vorsitzender der Budgetkommission. Die Kommission hätte keine Gelegenheit, bis jetzt schon das ganze Budget zu beraten, so daß eigentlich mein Bericht nicht meine Privatmeinung darstellt. Es war daher in der Budgetkommission die Rede davon, in der Folge den Bericht des Vorsitzenden der Budgetkommission ganz weglassen zu lassen und gleich die Parteiredner zu hören. Diesmal wird noch an der alten Gewohnheit festgehalten. Später kann so eben eine Aenderung eintreten. Die Finanzlage ist glücklicherweise eine günstige. Mit Freude entnahmen wir der Rede des Finanzministers, daß verschiedene größere Ueberschüsse erzielt wurden. Insbesondere sind die Ueberschüsse des Eisenbahnweises erfreulich. Einen günstigen Stand weist auch die Amortisationskasse auf. Was die allgemeine Staatsverwaltung betrifft, so liegt der Schwerpunkt der Staatsverwaltung bekanntlich in den Eisenbahnschulden, die bis 1917 900 Millionen Mark betragen werden. Der Ausbau des Eisenbahnwesens ist daher sehr wichtig. Wesentliches ist die Frage, ob die Betriebsverhältnisse sich immer so steigern werden, daß wir immer unseren Verpflichtungen nachkommen können. Angesichts der Tatsache, daß unsere Betriebsüberschüsse bisher immer befriedigten, kann man auch fragen, ob der Zuschuß zur Eisenbahnschuldenentlastungskasse weglassen kann. Der Minister hält den Zeitpunkt hierfür noch nicht für gekommen. Wenn außerordentliche Anforderungen an den Staat gestellt werden, so wäre es vielleicht besser, statt Steuererhöhungen, in der Staatsvereinfachung noch etwas weiter zu gehen. Wir müssen unsere Beamten gut bezahlen, das ist gerecht und billig; doch können in diesem Falle auch höhere Anforderungen gestellt werden. Wenn wir in 2 Jahren an eine Erhöhung der Gehaltstabelle gehen, so muß dieser Punkt, nämlich die größeren Anforderungen, eine entsprechende Rolle spielen. Wir erheben eine Steuer, die doppelt so hoch als die preußische ist. Nun kommt hierzu noch die Wehrsteuer. Von 1917 an haben wir an das Reich noch die Reichsvermögenszuwachssteuer zu zahlen, die ihre Wirkung haben wird. Da bin ich nun der Meinung, wenn wir diese Beträge nicht aus den Staatsergebnissen aufbringen, der Zuschuß zur Eisenbahnschuldenentlastungskasse reduziert werden sollte. Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß vor 2 Jahren der Finanzminister in seinem Vortrag betonte, daß wir in der steuerlichen Belastung an der Spitze der deutschen Bundesstaaten marschieren. In seinem Vortrag betonte der Finanzminister, daß die indirekten Steuern immer mehr an Bedeutung für die einzelnen Bundesstaaten verlieren. Ich möchte daher mich meinerseits dagegen verwahren, daß das Reich sich in steigendem Maße der direkten Steuern durch Vermögenssteuern usw. bemächtigt. Hierdurch wird die finanzielle Existenz der einzelnen Bundesstaaten gefährdet. Der Niedergang der Paulsonbank ist eine Folge der starken Belastung des Grund- und Hausbesitzes; demselben spielt auch die Spekulation eine Rolle. Zu wünschen ist, daß die Zuwachssteuer am Grund-

besitz wegfällt, wenn die Reichsvermögenszuwachssteuer in Kraft tritt, da sonst eine doppelte Belastung eintreten würde. Wenn man die einzelstaatliche Zuwachssteuer weiter bestehen lassen will, so sollte sie auf alle Fälle einer Neubearbeitung unterworfen werden. Was die Aufwandsseite des vorliegenden Budgets betrifft, so sagte die Thronrede mit Recht, daß alle Teile sehr reichhaltig ausgestattet sind. Das Gebiet des Unterrichtswesens brachte uns in den letzten Jahren eine erhebliche Steigerung. Wir wollen hierbei die Hoffnung ausdrücken, daß wenigstens die außerordentlichen Aufwände eine Reduktion erfahren werden. Im Ministerium des Innern hat, besonders der Etat der Heil- und Pflegeanstalten, sowie das Gebiet der Landwirtschafts- und Gemeindefürsorge eine außerordentliche Steigerung erfahren. Am bedeutsamsten war das Justizministerium. Hervorzuheben ist die starke Steigerung des Personalaufwandes, besonders die große Anzahl der neu geschaffenen etatsmäßiger Stellen. Die Bezüge der sog. Altpensionäre leiden; hier können wir uns einer Erhöhung der Bezüge nicht entziehen. Wenn im nächsten Landtag die Bezüge der Beamten neu geregelt werden, so sollte auch ein entsprechendes Gesetz für die Altpensionäre geschaffen werden. Die Mittel für die Vaugenossenschaft der Eisenbahnarbeiter sind als Anfang einer Arbeiter-Wohnungspolitik zu begrüßen. Neu sind die Unterhaltungen für den Kraftwagenverkehr. Begrüßt werden diese Neuerungen vom Publikum allerdings nur dann werden, wenn die Fahrpreise niedriger sind als bei privaten Unternehmungen. Im Budget werden für das Murgewerk 9 Millionen verlangt; es ist dies als eine merkwürdige Anlage zu bezeichnen. In Anbetracht der steigenden Anforderungen an den Staat sollten wir uns bei dem vorliegenden Budget der größten Sparsamkeit befleißigen und die Regierung nicht zu unnötigen Ausgaben veranlassen.

Abg. Dr. Zehner (Ztr.) gedenkt eingangs anerkennend des verstorbenen Finanzministers Dr. Beder, der das alte System der Ertragssteuer beseitigt und das System der Vermögenssteuer durchführte. Weiter hielt Dr. Zehner mit Befriedigung daran fest, daß die Ausgaben von der gegenwärtigen Generation gedeckt werden. Er wandte sich daher entschieden gegen eine Anlebenspolitik. Was Abg. Kopp in seinem Bericht ausführte, deckt sich im allgemeinen mit den Ansichten der Fraktion, der er angehört. Ich kann mich daher im allgemeinen seinen Ausführungen anschließen. Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß unsere gegenwärtige Finanzlage eine gute ist. Obwohl erhebliche Mittel für soziale Aufgaben und für die Meinschiffahrt aufgewendet wurden, konnte die Amortisationskasse ihren Bestand erhöhen. Den Abg. Kopp möchte ich unterstehen, wenn er vom Finanzminister verlangt, daß er sich im Bundesrat energisch dagegen wehren soll, daß weitere direkte Steuern vom Reich an sich gezogen werden. Ebenso möge uns der Finanzminister sowohl von neuen badischen wie neuen Reichsteuern verschonen. Jetzt, in einer Zeit guter Einnahmen aus der Amortisationskasse noch weitere Mittel zur Vermehrung heranzuziehen, kann ich nicht befürworten. Der Finanzminister schlägt eine Stärkung der finanziellen Reserven des Staates vor. Ich kann den Minister hierin nur unterstützen. Sodann schlägt der Finanzminister eine Erhöhung des Haushaltsfonds der Eisenbahnschuldenentlastungskasse vor, worin ich ebenfalls mit ihm einig bin. Sobald wir jedoch das Geld im Staatshaushalt brauchen, sollte die Zahlung für diese Fonds wieder wegschlagen. Was unsere finanziellen Beziehungen zum Reich betrifft, so scheint es, daß man sich zurzeit im Bundesrat mit der Neuregelung der Matrifularbeiträge befaßt. Im Reichstag wird jedoch zurzeit für eine Abänderung der Gesetzesvorschriften über die Matrifularbeiträge wohl kaum eine Mehrheit sein. Mit Interesse las ich, daß der Finanzminister eine Aenderung der Vollauschüsse angeregt hat. Wenn, wie es heute der Fall ist, ein so großes Mißverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen bei den Verkehrsabgaben besteht, so muß eine Aenderung herbeigeführt werden. In Bezug auf das Unterrichtsministerium möchte ich, trotzdem mich Minister Dr. Böhm deswegen im letzten Tage abwieß, nochmals verlangen, daß die Städte mit Universitäten und Hochschulen wenigstens mit Grund und Boden dem Staate entgegenkommen. Sodann möchte ich anregen, daß die Universitäten eine gewisse Arbeitsteilung eintreten zu lassen. Wenn man für die Volksschulen, in die 99 Prozent der Bevölkerung gehen, nur so viel aufwendet wie für die Hochschulen, so ist dies kein Lichtbild. Hier sollte mehr geschehen. Allerdings so weit, daß der Staat alle Kosten der Volksschule übernimmt, so weit geht ich nicht. Die Volksschule ist eine Gemeindefürsorge. Eine gewisse Entlastung der kleinen Gemeinden ohne wirtschaftliche Entwicklung halte ich jedoch für begründet. Nun zum Etat des Ministeriums des Innern, bei dem die größte Steigerung die Irrenhäuser beanspruchten. Während im Mittel- und Oberland solche bestehen, fehlen sie im Hinterland. Hier sollte den Wünschen dieser Bevölkerung Rechnung getragen werden. Ich habe es früher schon einmal als unrichtig befunden, daß die Sparassen auf Einzelgemeinden begründet sind, jedoch den Einzelgemeinden die Gewinne zufallen. In deren Stelle sollten Bezirksparassen gegründet werden. Weiter ist eine Aenderung der Kreisverfassung am Platze. Dringend notwendig scheint mir da eine Aenderung des Wahlrechts zu den Kreiswahlen.

Zur Frage des Proportionalwahlrechts kann ich jetzt noch keine Stellung nehmen, da meine Fraktion bis jetzt noch keine Stellung dazu nahm (Seiterteil). Diese Idee, die sich so nett darstellt, hat viele Mängel, wenn man sie in die Praxis überführt. Bei der Praxis zeigen sich große Schwierigkeiten. Das System, das die eine Zeitung als vorzüglich bezeichnet, wird von der anderen Seite völlig verworfen. Dies zeigt, daß diese Frage in einer Kommission gründlich besprochen werden muß. Was die Kraftfahrlinien betrifft, so sollten die Preise nicht übermäßig hoch genommen werden. Es sollte darauf gesehen werden, daß die Bevölkerung eine nVorteil davon hat.

Die Wahlen brachten eine Verschiebung zugunsten der Rechten, die einen Mandatszuwachs erzielte. Sowohl im allgemeinen wie bei einzelnen Parteien; speziell in der nationalliberalen Partei erfuhr der rechte Flügel eine Stärkung. Allerdings zeigte sich, daß die nationalliberalen Abgeordneten, die als Gegner des Großblods gewählt wurden, bei der ersten Gelegenheit, bei der Präsidentenwahl, sich am Großblod rechenen. Wie das ge-

owie
gen
Mode
teile!

75

6640

75

90

50

um ig, billig
kaufen.
5. Etod.
4. Et. ist
an aufständ.
3. bezm. 1908

ein

ein

ganzen
1908

kommen ist, weiß ich nicht. Es wurde in den Zeitungen behauptet, daß es aus Gründen der Einigkeit der Partei, aus Fraktionszwang heraus geschah. Wir waren der Meinung, daß durch die als Blodgegner gewählten Abgeordneten eine Umstimmung der liberalen Fraktion erfolgen würde. Dies geschah nicht. Wenn wir sehen, daß die Wahl der nationalliberalen Großblodgegner keinen Wert hat, so werden wir das nächste Mal anders verfahren. (Heiterkeit. — Abg. Kolb: Hätten Sie doch Sozialdemokraten gewählt!) Wir werden uns überlegen, ob wir bei der nächsten Wahl wieder zwecks einer Sammlungspolitik die Kandidaten der nationalliberalen Partei unterstützen.

Der Redner wendet sich hierauf der Frage des Jesuitengesetzes zu. Die Bekanntmachung vom 28. November 1912 über das Ordenswesen bedeutet eine Verschärfung. Auf eine Anfrage im Reichstag Ende 1912 erklärte der Reichstagspräsident, daß es nicht der Wunsch sei, durch die Deklaration eine Verschärfung herbeizuführen. Es werde bei der bisherigen Praxis bleiben. Die badische Regierung wird dabei über die Tendenz dieses Gesetzes unterrichtet gewesen sein. Nun sollten im Dezember 1912 von einem Jesuitenpriester Vorträge in Baden stattfinden. Man wird nicht bestreiten können, daß, wenn man die Bundesratsbeschlüsse wörtlich nahm, man zu einer Beanstandung kommen konnte. Jedenfalls war am Tage, an dem der Vortrag stattfinden sollte, die neue Deklaration noch nicht in Kraft getreten. Die Vorträge fanden in Freiburg statt. Im übrigen aber erklärte die badische Regierung, daß in der Folge derartige Vorträge nicht mehr stattfinden dürften. Ich bin nun der Meinung, daß dieses Verbot den gesetzlichen Vorschriften nicht entspricht. Es handelte sich bei den Vorträgen des Jesuiten-Gebäude um keine religiösen Vorträge, sondern um religionswissenschaftliche Vorträge, die haltlos sind. Wenn sich die Praxis durchsetzt, daß solche Vorträge verboten werden, so werden alle Vorträge durch Jesuiten, ob sie jetzt naturwissenschaftliche oder geschichtliche Themas behandeln, verboten werden. Bei der Behandlung des Jesuitengesetzes wurde auch von anderer Seite, speziell von der Sozialdemokratie, scharfer Protest gegen dieses Gesetz erhoben. Wenn die große Regierung daher daran mitwirken wollte, das Gesetz zu beseitigen, so wären wir ihr sehr dankbar. Sollte aber die völlige Aufhebung nicht möglich sein, so wäre es wenigstens sehr erwünscht, wenn für eine andere Interpretation Sorge getragen würde. Der Redner wendet sich nun der Frage des Religionsunterrichts zu. Es sei nicht angängig, der Kirche zu verbieten, ihre Kräfte zum Kampfe gegen den Atheismus voll und ganz zu entfalten. Der Redner geht nun kurz auf die Beförderung des Oberbürgermeisters Stritt-Bruchsal zum Landgerichtsrat ein, die in Juristenkreisen große Unzufriedenheit erzeugt habe. Auch im Urteil seien im Justizwesen Änderungen nötig, um Unzufriedenheiten zu beseitigen. Weiter ist es nötig, die hier und da vorkommenden bürokratischen Maßnahmen im Interesse der Vereinfachung der Staatsverwaltung (Ordnungsreform) zu beseitigen. Zur Abschließung der bevorstehenden neuen Handelsverträge möchte ich die Regierung bitten, daß die bisherige Handelspolitik, die so günstig gewirkt hat, weiter fortgesetzt wird. Hinweisen möchte ich darauf, wie günstig diese Politik auf die Landwirtschaft gewirkt hat. Unsere Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte war vorwiegend eine Arbeiterpolitik. Heute haben sich die Verhältnisse so günstig entwickelt, daß man nicht mehr allein an eine Sozialpolitik der Arbeiter zu denken braucht. Heute kann man nunmehr auch ruhig Sozialpolitik und mehr soziale Fürsorge für die Unternehmer, für die Unternehmer in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft schaffen. Wir dürfen die Sozialpolitik, damit möchte ich schließen, nicht in die Fabeln einperren! (Beifall im Zentrum.)

Präsident Nothmann teilt mit, daß zwei Anträge Schöpfle (Konf.) und Gen. Bekämpfung der Auswüchse des Flaschenbierhandels betr. und Freifahrt für Staatsarbeiter auf Lokalbahn betr. eingegangen sind. Die Anträge werden den Kommissionen überwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Finanzdebatte. Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

Deutsche Politik.

Genosse Stauning aus Preußen ausgeliefert!

In Flensburg fand, wie angekündigt, am Freitag die Versammlung statt, die sich mit der Wahlrechtsfrage beschäftigten sollte. Dem Genossen Stauning-Kopenhagen, dem Vorsitzenden unserer dänischen Bruderpartei, war das Reden in dänischer Sprache verboten. Gleichzeitig war eine Anweisung ergangen, ihn auszuweisen, wenn er im

Zaale erscheine. Genosse Michelsen-Flensburg verlas die von Stauning ausgearbeitete und von ihm ins Deutsche übertragene Rede über die Entwicklung des Wahlrechts und die neue Verfassungsreform in Dänemark. Nach ihm sprach Genosse Adler-Kiel. Mit beizender Satire lobte er an den Maßnahmen der Regierung Kritik und stellte Johann das Opfer des Verbots, den Genossen Stauning, der sich trotzdem in der Versammlung befunden hatte, der Verammlung vor. Der Jubel war unbeschreiblich. Als aber gleich darauf der wachhabende Kriminalbeamte den Genossen Stauning aufordnete, den Saal zu verlassen und ihm den Ausweisungsbefehl überreichte, kam die Erbitterung über diese preußische Schmach deutlich zum Ausdruck. Nach einer kurzen Schlußrede Adlers und dem Verlesen des prächtigen Kulturdokuments, daß Stauning übergeben war, wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen. — Nachts 12.10 Uhr waren zahlreiche Genossen noch auf dem Bahnhof, um dem Scheidenden ein Lebewohl zu sagen.

Revision im Knittel-Prozess.

In dem Strafprozess gegen den Amtsrichter Knittel, der am 3. Oktober v. J. vom Obergericht Landgericht wegen Beleidigung in vier Fällen zu insgesamt 2400 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war, hat bekanntlich der Berufungsinstanz Revision eingelegt. Die Revisionsbegründung richtet sich dagegen, daß das Landgericht, weil in den inframinierten Eingaben an den Kriegsminister vier Personen beleidigt worden sind, daraufhin vier selbständige Beleidigungssachen angenommen und demgemäß auf viermal 600 Mark Geldstrafe erkannt hat. Knittel beantragt, das angefochtene Urteil aufzuheben und nur wegen einer Beleidigungssache zu einer Geldstrafe von 600 Mk. zu verurteilen, oder aber die Sache zu anderweitiger Verhandlung und Einigung über die Frage der Zahl der Beleidigungssachen an die Vorinstanz, und zwar an ein benachbartes Gericht zu verweisen.

Der Kronprinz über seine Rückkehr nach Berlin.

Der Kronprinz empfing am Samstag einen Vertreter der „B. Z.“, dem er erklärte, daß seine Verlegung in den Großen Generalstab bereits für den vergangenen Herbst geplant war, auf sein Ergehen aber noch um ein Jahr hinausgeschoben wurde. Seine vorzeitige Abberufung aus Danzig sei erfolgt, weil es für notwendig erachtet wurde, daß er sich, mit Rücksicht auf die Zeilage, schon jetzt über die höhere Truppenführung informiere. Im gegebenen Falle würde er ein höheres Kommando führen, als das eines Regiments. Daß er mit seinen Vorgesetzten nicht auf gutem Fuß gestanden habe, liege nicht richtig. Immerhin scheint es mit der Ausbildung des Kronprinzen keine so große Eile zu haben, auch nicht mit Rücksicht auf die Zeilage, denn er hat die Absicht, in diesem Jahre noch eine Reise nach Ost- und nach Südwestafrika zu machen.

Die Militärdebatte im bayer. Landtag.

In der Fortsetzung der Beratung des Militäretats machte am Samstag der Kriegsminister in der Abgeordnetenkammer Ausführungen, die durch ihren Ton sich auffällig unterscheiden von seiner Haltung in der vorigen Session. Damals verteidigte der Kriegsminister, gegen Angriffe des Zentrums, die parteipolitische Neutralität und Unabhängigkeit der Armee. Auf die Anfrage, wie er sich zu der Agitation der Militärfanatiker stelle, die nach neuen Wehrvorlagen drängen, ging er wesentlich auf die wiederholte Erklärung des Ministerpräsidenten gegen weitere Klüftungen ein. Er begnügte sich mit der sehr behutsamen und verdeckten Bemerkung, daß mit der letzten Wehrvorlage ein gewisser Abschluß erreicht und daß ihm nichts davon bekannt sei, daß zurzeit eine weitere Wehrvermehrung an maßgebenden Stellen erwogen werde. — Auf die Vorfälle in Bayern einzugehen, lehnte der Minister ab, sprach aber seinen Dank einem bauernbündlerischen Redner aus, weil er warme Worte für dies schwierige Lage unserer Soldaten im Einsatz gefunden habe.

Am Freitag hatte Genosse Probst den Fall eines Obersten in Zweibrücken zur Sprache gebracht, der einen Zentrumsjournalisten auf der Straße geohrfeigt hatte, weil ihn seine Zeitungsaufstellung aufgeregt hatten. Der Oberst wurde dann befördert und der Redner hat es einen Akt der Feigheit genannt, wenn ein Bewaffneter einen unbewaffneten mißhandelt. Am Samstag gab der Minister zwar zu, daß der Akt der Selbsthilfe des Obersten unzulässig sei, fand aber das Vorgehen begrifflich und bis zu einem gewissen Grade entschuldigbar, da der Oberst nach Lage der Dinge vor Gericht keine Aussicht auf Erfolg gegen die Prehangriffe gehabt hätte. Diese Erklärung, die nun auch in Bayern das militärische Faustrecht einführt, rief nur bei den Sozialdemokraten lebhafteste Unruhe hervor, obwohl es sich um einen Zentrumsjournalisten gehandelt hat. Sehr erregt protestierte der Minister gegen den Vorwurf der Feigheit und erntete dafür bei den Liberalen einen Praxodus. Im übrigen verherlichte der Minister den Obersten-Offizier.

Anerkennenswert war die Entschiedenheit, mit der der Minister gegen die Soldatenmißhandlungen sich wandte. Das soviel gepriesene Militärsystem, so behauptete der Minister, sei militärisch betrachtet, teuer und schlecht. Auch sei die Einführung der einjährigen Dienstzeit, solange Deutschland keine Stellung behaupten will, für alle Zeit ausgeschlossen. Sogar einen gewissen Paradedrill hält der Kriegsminister für notwendig. Das Militärverbot für Wirtschaften rechtfertigte der Minister durch die Rücksicht auf die Disziplin, die gedrückt werden müsse gegen antimilitaristische Einflüsse durch Personen und Vereine, die in gewissen Wirtschaften verkehren. Daß gelegentlich sozialdemokratische Veranstaltungen in Wirtschaften stattfinden, sei an sich kein Grund, ein Verbot zu verhängen; in ganz Bayern seien übrigens nur 18 Wirtschaften gesperrt. — Das Haus vertagte sich darauf auf Dienstag.

Ein neuer Wahlrechtsraub in Neuchâtel.

Nachdem die Landtagswahlen nach dem verächtlichsten Landtagswahlrecht die Verdrängung der Sozialdemokraten prompt ergeben haben, geht man nun auch den Gemeindevahlrecht an den Kragen. Den neugewählten Abgeordneten ist eine Regierungsvorlage zugegangen, die an Stelle des gleichen Wahlrechts für alle Bürger das Stimmrecht in zwei Klassen zum Landtage auch auf die Gemeindevahlrecht ausdehnen will. Den Gemeinden soll es freigestellt werden, das Verhältniswahlrecht einzuführen, und wenn es die örtlichen Bezirke erfordern, auch das Bezirkswahlrecht. Nach dem Ergebnis der Landtagswahlen zu urteilen, würde es auch beim Verhältniswahlrecht kaum möglich sein, mehr als ein Drittel der Sitze zu erobern. Die Begründung des Entwurfs gibt unüberholbar zu, daß die Wahlrechtsverfälscherung den Zweck habe, die sozialdemokratischen Mehrheiten in einer Anzahl Gemeinden zu beseitigen.

Protest gegen die Straßburger Militärgerichtsverurteilung.

Nach Bayern war gleichfalls eine Protestversammlung einberufen worden, die sich mit den Kriegsgerichtsverurteilungen beschäftigen sollte. Der nicht sehr große Saal im Restaurant „Zum Salmen“ war überfüllt und viele Besucher fanden keinen Einlaß. Von der Aufsichtsbehörde waren die beiden aus dem Straßburger Prozess bekannten Zeugen Regierungssamtmann Großmann und Kreiskommissar Müller erschienen. Der Abg. Gen. Reiter sprach über das Thema: Militärjustiz und Volksherrschaft. Er betonte, daß die Zivilverwaltung in Bayern durchaus ihre Pflicht getan habe. Der Kampf gegen die Militärdiktatur könne durch Verweigerung aller Mittel für militärische Zwecke im Reichstage geführt werden. Das sei der einzige Weg, um den Hochmut des Militarismus zu brechen. Die Verammlung sollte dem Redner stürmischen Beifall. Einer Aufforderung des Parteisekretärs Huber folgend, sich zu keinerlei Demonstrationen hinreihen zu lassen, ging die Verammlung in vollster Ordnung auseinander. Vor dem Verammlungsort waren zahlreiche Schutzleute und Gendarmen postiert.

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

(Fortsetzung.)

Der große Tag kam, es war der 1. September 1897, der Jahrestag meines ersten Fluchtversuches. Die bewohnte Kiste stand schon seit dem frühen Morgen neben Königliches Kellertüre, der Wagen hatte sie schon gestern Abend gebracht. Die Stunde, um die der Wagen ankam, hing unglücklicherweise nicht vom Willen des Faktors, sondern von denen der Angestellten des Papetriegegeschäftes in der Stadt ab. Würde ich nicht gerade um 10 Uhr, wenn der Wagen gewöhnlich kam, in das Bureau gerufen werden? Eine Stunde lang könnte der Wagen schon draußen vor der Tür warten, — aber wie, wenn ich den ganzen Morgen über beschäftigt würde?

Von 8 Uhr morgens an ließ ich aufgeregt in der Zelle hin und her, unfähig, irgend etwas zu tun, und nur von dem einen Gedanken erfüllt, der Meister möchte jetzt bei mir eintreten. Aufseher und Beamte kamen an dem Morgen wegen allen möglichen Kleinigkeiten zu mir, und jedesmal, wenn der Schlüssel im Schloß knirschte, bekam ich ein beständiges Ferkelklopfen. Ich wollte ein gewaltiges Spiel spielen, und durfte nicht an die Möglichkeit eines Mißlingens denken. Dieses wäre sich er mein Tod gewesen, und also auch der meiner Mutter; auch fühlte ich mich dem Meister gegenüber, der Frau und Kinder hatte, und dem guten Bachmann gegenüber verantwortlich. Es war ein böser Zustand.

Um 11 Uhr endlich öffnete sich die Tür und S. erscheint. „Schnell, schnell“, flüsterte er. Mit einem Satz sitze ich in der Kiste, der Deckel schließt sich über mir. Da höre ich den alten Aufseher Scherf am Eingang zum Korridor rufen: „Der Sekretär braucht den Gefangenen Chorenne.“

Schulz, schäme ihn mir, ich warte hier auf ihn.“

Ich bin einer Dummheit nahe, aber der Selbsterhaltungstrieb läßt mich die Schwäche überwinden. Durch eine Spalte in der Kiste sehe ich den Rücken des alten Scherf, der gemühtlich an der Gittertüre wartet. Da rettet mich die Gewissensgegenwart des Faktors: Er ruft dem Aufseher zu:

„Der Gefangene Chorenne ist mit dem Aufseher Schulz gerade in die Küche gegangen.“

„Aha.“ sagte Scherf, „dann laufe ich dahin.“

Schulz war die ganze Zeit über von Bachmann in dessen Zelle zurückgehalten worden, und hatte allerlei Sachen, die ausgebeßert werden mußten, angesehen. Die Zeit wäre jetzt zu kurz gewesen, die Kiste hinunterzuschleusen; sowie man meine Abwesenheit bemerkt hätte, wäre Lärm geschlagen worden; und alles, was aus dem Zuchthaus hinausging, genau visitiert worden. Es bleibt mir nichts übrig, als schnell aus meiner Kiste in meine Zelle zurückzupringen, — und da bin ich wieder in meinen vier Wänden, knirschend vor Wut und Verzweiflung.

Schon kommt Scherf zornig aus der Küche zurück und schreit: „Wo ist denn der Lügner von Kutschker?“ Der ist aber mit seinem Wagen schon längst im Galopp davon, und S. ist auch verschwunden. Der ganze Korridor ist leer, und Scherf muß mich eigenhändig aus meiner Zelle herausholen.

Ein Unglück kommt nie allein. Der Sekretär hatte mich rufen lassen, um mir mitzuteilen, daß auf seinen Antrag hin der neue Direktor der vor acht Tagen angekommen war, mich meiner Stellung als Schreiber entbunden habe, und daß ich von heute an in der Papeterie als Dütenkleber angestellt sei.

Erstes Kapitel.

Dütenkleber. Nun sitze ich in einer engen Zelle im zweiten Stockwerk. Nur zwei Stiegen brauchte ich hinaufzusteigen. Bachmann ermahnt mich noch einen letzten Liebesdienst: er trug meine drei Matrosenstücke. Weil er so trostlos wegen des Scheiterns meines Planes aussah, flüsterte ich ihm zu: „Wenn Sie morgen aus dem Zuchthaus entlassen werden, geben Sie gleich zu Meister S., ich habe ihn angewiesen, Ihnen fünfzig Mark auszugeben.“ — Gleich erklärte ich sein Gesicht und er drückte mir heftig die Hand. Am übernächsten Tage erzählte mir S., er habe Bachmann das Geld am vorhergehenden Tag um Mittag gegeben, und abends hätte er ihn tot betrunken auf dem Bahnhof gesehen, wie er gerade mühsam in ein Abteil vierter Klasse geklettert sei, um in sein Heimatdorf zu fahren. Später hörte ich von dem Aufseher Scherf, der ein Weiter von Bachmann war, daß diesem kein ganzes Geld im Zuge abgehoben worden sei.

Meine Zelle war eng, kaum die Hälfte so groß als die früheren, eigentlich mehr eine Hundehütte, als eine Zelle. Den größten Platz darin nahm ein zweijähriger Tisch ein, der mir jede Bewegungsfreiheit raubte. — Das einzige Fenster lag genau der Tür gegenüber, jedoch ist beständig in Zugluft. Ich bekam Nachmittags keinen Kaffee mehr, keine guten Brotkrümel, keine doppelte Portion Fisch, kein Papier, keinen Bleistift mehr. Aufseher und Beamte kamen nicht zu Besuch zu mir: statt dessen hatte ich einen groben und rohen Wärter, den Aufseher Klump, der sicher Alkoholiker war, anders hätte man sich seine Art gar nicht erklären können. Er fing an, ganz ruhig und fast leise mit niedergedrückten Augen mit einem zu reden, und plötzlich, ohne Leberung, schrie er einen an, wie ein Wilder, und geberdete sich, daß man jedem Augenblick fürchtete, er würde vom Schlag getroffen.

Aber etwas Gutes hatte mein Umzug doch: ich arbeitete unter Meister S. Wir trafen gleich folgende Vereinbarung: er ließ meine Arbeit durch andere Sträflinge machen und besorgte mir meinen Portwein, Bücher und meine Korrespondenz mit Paris für ein Gehalt von 50 Mark monatlich. Ich mußte mein neues Handwerk aber doch erlernen. So bereitete denn Meister S. alle möglichen bedruckten, illustrierten farbigen Papiere auf meinem Tisch aus, glättete sie mit einem Glatteisen und unterwies mich, wie man Düten daraus zusammenklebte. Es war eine Frauen- oder vielmehr eine Kinderarbeit, aber ganz lustig, die beliebteste Arbeit im Zuchthaus, zu der meistens nur die Kranken und Schwachen herangezogen wurden. Weil ich dem Schein nach doch beschäftigt sein mußte, so lebte ich täglich etwa zwei Stunden lang Düten, die übrige Zeit las ich Bücher, die mir S. brieflich von Paris besorgte. Direktor Rogay hatte mir erlaubt drei Bücher, die ich sehr liebte, zu behalten, ein englisches, ein französisches und ein spanisches. Jedes Buch hatte seinen besonderen Einband, den der Aufseher genau kannte. Und diese drei Einbände dienten nun meinen Pariser Büchern je nach Bedarf als Umhlag. Der grüngoldene Einband der „Pavoiapapers“ diente mir zum Beispiel der Reihe nach „Fort Larascon“ und „Cane de Bergerac“. Der Aufseher, der keine fremde Sprache verstand, konnte natürlich nichts merken, solange der Einband derselbe blieb.

(Fortsetzung folgt.)

Die Kirchenaustrittsbewegung im Reich.

Die Zahl der Kirchenaustritte im Jahre 1913 wird ohne Zweifel eine überaus große sein, wenn man nur nach dem geht, was bisher bekannt geworden ist. In Frankfurt a. M. wurden 3. B. nach der großen Austrittsversammlung über 600 Austrittserklärungen eingereicht; aus Harburg werden 150 Austritte gemeldet, in den letzten Wochen vor Weihnachten. Im heiligen Köln erfolgten in einer Novemberversammlung 37 Austritte, in Romaswes 40, in Ketschendorf, einem Dorf bei Fürstenwalde, über 50! In Kiel etwa 600; bedeutende Zunahme im Großherzogtum Sachsen, Austritte in Berncastel, Hannover 500! So geht es in allen Gegenden Deutschlands, wobei zu berücksichtigen ist, daß immer nur ein kleiner Teil der Austritte bekannt wird.

Wohin kommt der Peterspfennig?

Der kürzlich gestorbene Kardinal Luigi Dreglia bezog als Kurienkardinal das Fixum von 21 500 Franken im Gold, als Dekan und Kämmerling des hl. Kollegiums vom Jahre 1895 ab 8000 Lire, als Präsekt und Sekretär zweier Kongregationen und Protektor von drei Ordensgesellschaften 14 000 Lire und endlich seit einer 1873 erfolgten Ernennung als Kardinal die Einkünfte des Bistums Ostia an der Tibermündung, dem er ein einziges Mal in vierzig Jahren einen Besuch abgestattet haben soll. Dafür strich der Kardinal und sogenannte Reichsverweser der heiligen Kirche ein weiteres Gehalt von 98 800 Lire im Jahre ein, für ein Bistum, das weniger Seelen zählt als jede mittelgroße Pfarre am Rhein. Das Gesamtentgelt dieses ältesten Kurienkardinals mit beiseitgesetzter theologischer Bildung betrug 138 000 Lire = 111 000 Mk. im Jahr.

Die Ärzte drohen wieder.

Am Sonntag beschäftigten sich die Vertrauensleute des Leipziger Ärzteverbandes, die aus allen Gegenden Deutschlands nach Leipzig gekommen waren, wieder mit der Kassentfrage, da es in einigen Großstädten zu einer Einigung zwischen den Ärzten und den Krankenkassen noch nicht gekommen ist. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: „Nachdem die deutsche Ärzteschaft unerbittlich und restlos dem Abkommen vom 23. Dezember 1913 gefolgt ist, haben die am 11. Januar 1914 in Leipzig versammelten Vertrauensmänner nebst Vorstand, Aufsichtsrat und Beirat des Leipziger Verbandes mit großem Befremden davon Kenntnis nehmen müssen, daß bisher die Beendigung des Kriegszustandes durch alsbaldige Entbindung der ärztlichen Notthäter von ihren Kassenträgern gemäß § 11 des Abkommens in mehreren Orten, z. B. in Braunschweig, Breslau und Elbing noch nicht erfolgt ist. Sie erachten die Durchführung des § 11 als eine unbedingte Voraussetzung für den Fortbestand des Abkommens und sind der Ansicht, daß, wenn sie nicht schleunigst erfolgt, die Gültigkeit aller bisher auf Grund des Abkommens abgeschlossenen Verträge in Zweifel gestellt ist und ein wichtiger Grund zu ihrer alsbaldigen Aufhebung vorliegt. Die Vertrauensmännerversammlung würde es aufs tiefste bedauern, wenn die Ärzte dadurch zur Wiederaufnahme des Kampfes gezwungen würden.“

Rationalliberal.

Die Nationalliberalen Bütttembergs hatten sich zur Belegung ihrer Landesversammlung, die am Sonntag in Stuttgart stattfand, Wasser mann verabschiedet. Er beklagte in seiner Rede, daß die erhebenden Eindrücke des Jubeljahres durch den grellen Mißklang von Jähern gestört worden seien. Man hätte den Konflikt im Keime ersticken sollen. Von rechts sei noch eine Schürung in den Konflikt hineingetragen worden. Wasser mann beteuerte, daß die Nationalliberalen dem Kanzler kein Mißtrauensvotum im Sinne des parlamentarischen Systems haben ausstellen wollen. Durch die Jäherner Prozesse sei die Haltung seiner Partei gerechtfertigt; da die Anrufung der höheren Instanz noch möglich sei, wolle er über die Straßburger Urteile nicht reden. Die Vorgänge in Jähern und Straßburg seien zu erklären aus dem Mandarinentum der Militärbehörden und aus der pfaffenweiden Haltung der Zivilbehörden, die den nationalistischen Treibern gegenüber die Bügel am Boden schleifen ließen. Dem Oberst Reutter sei der gute Glaube, im Recht zu sein, nicht zu verlagern. Die Gegner seiner Partei hätten sich maßlose Verdrehungen geleistet; er wolle nur, daß Recht und Gesetz gewahrt werde. Keine Partei sei armer und freundlicher wie die seine. Sie denke auch nicht daran, das bei den deutschen Parteizuständen unmögliche parlamentarische System zu erstreben, sie fordere nur einen starken Reichstag neben einer starken Regierung. Die Nationalliberalen dächten nicht daran, Bethmann zu stürzen, der eine lautere Persönlichkeit und ein tüchtiger Staatsmann sei; die Politik Bethmanns entspreche durchaus den Zielen seiner Partei. — Nach breitbesetzten Ausführungen über die auswärtige Politik skizzierte er vorsichtig die nationalliberale Haltung zu den andern Parteien und ironisierte die Volkspartei, die in nationalen Fragen bei den Nationalliberalen angekommen sei. Seine Partei sei keine demokratische und keine radikale, sondern eine Mittelpartei. Die Entwicklung der deutschen Politik sei nicht in der demokratischen Richtung gegangen, wie im preußischen Herrenhaus behauptet wurde, sondern im nationalliberalen Sinne.

Vor Nationalliberalen dieses Schlages braucht es der Regierung nicht bange zu sein, und denen gegenüber wird auch die Militärdiktatur immer oben bleiben. Man wird sich künftig hüten müssen, bei einem Mißtrauensvotum gegen die Regierung die Zustimmung der Nationalliberalen zu haben; durch deren Zustimmung kann ein solches Mißtrauensvotum nur diskreditiert und lächerlich gemacht werden. Wasser mann gegenüber scheint der Freiherr von Seyl, der am Sonntag dem Oberst Reutter telegraphisch für seinen „ritterlichen Mannesmut, mit dem er in kritischen Tagen die Ehre der Armee und des Vaterlandes vor aller Welt vertreten“ habe, dankte, noch respektabel. Das sind wenigstens Leute, die wissen, was sie wollen. Man muß sie bekämpfen, scharf bekämpfen, und man kann sie auch überwinden; der nationalliberale Drei aber spottet jeden Schlages, man muß zusehen, wie er langsam verjaht.

Badische Politik.

Die „Südd. Konf. Korrespondenz“

kommt in ihrer letzten Ausgabe nochmals auf den von ihr angeforderten Ministerwechsel zurück. Die Behauptung der „S. K. K.“ wurde befanntlich offiziös dementiert. Dieses Dementi läßt die „S. K. K.“ nicht gelten, sie bleibt dabei daß demnächst Herr v. Dusch seinen Posten verlassen wird. Was die „S. K. K.“ zum Beweis für ihre Vermutungen bringt, ist nichts weniger als überzeugend. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei der Ankündigung der Ministerkrise durch die „S. K. K.“ der Wunsch der Vater des Gedankens war. Es wird da behauptet, daß es in der nationalliberalen Partei fristet, daß landauf landab Bestrebungen im Gange seien, „die politische Gütergemeinschaft mit der Sozialdemokratie zu lösen“. Gehe aber der Großklub aus den Fugen, so müsse Herr v. Dusch quasi anstandslos das Bündel schnüren und sich ins Privatleben zurückziehen.

Diese leeren Kombinationen der „S. K. K.“ haben keinerlei ernste Bedeutung. Es hat deshalb auch keinen Zweck, sich mit den Auslassungen der „S. K. K.“ eingehender zu beschäftigen.

Erste Kammer.

Der Großherzog hat an Stelle des verstorbenen Mitgliedes der Ersten Kammer Geh. Rats Dr. Karl Reif den Geh. Kommerzienrat Dr. Friedrich Schott, den Direktor des Zementwerkes in Leimen, für die Zeit bis zum Ablauf der gegenwärtigen Landtagsperiode zum Mitglied der Ersten Kammer ernannt.

„Wegen der Sozialdemokratie darf die Verhältnismahl nicht eingeführt werden.“

Das sagt in dürren Worten die in Karlsruhe erscheinende „Südd. Konf. Korresp.“ Sie haut wütend auf die „Straßburger Post“ ein, weil diese die Einführung der Verhältnismahl ganz energisch forderte. Dann heißt es weiter:

Praktisch bedeutet die Einführung der Proporzwahl — auf der Grundlage des allgemeinen gleichen Wahlrechts — die geantonierte Verfallung der Sozialdemokratie und zugleich ihre Vereinerung im Parlament. Eine ungeheure Zunahme des Radikalismus, eine ungeheure Zunahme der mahipolitischen Korruption — das wären die Folgen des Proporzges.

Die Konserwativen nennen alles das Korruption, was ihren Einfluß zurückdämmen könnte. Dabei zeigt die Erfahrung mit dem Gemeinewahlrecht, daß sich die Verhältnismahl — vorausgesetzt, es wird auch noch das Dreiklassenystem beibehalten — in Baden ganz ausgezeichnet bewährt. Wenn aber bei der Wahl zum preußischen Landtag ein unwissender und stillos sehr einwandfreier Bordsellbesitzer in der 1. Klasse wählt und ein hochintelligenter, aber beifloßer preußischer Staatsbürger in der 3. Klasse, dann ist das eine Korruption. Glücklicherweise befinden wir uns in einer Zeit, die dringend nach der Verhältnismahl verlangt. Die dringend nach dem Gebiete des Staatsbürgerrechts schreit; die konserwativen Korruptionsstreicher vermögen gegen diese Tendenz wenig auszurichten.

„Gottlob, es gibt noch Richter in Deutschland!“

Selten hat die Zentrumspreffe ein so blamables Bild der Zerrissenheit aufgezeigt, wie in der politisch wie juristisch so überaus bedeutsamen Stellungnahme zu den Urteilen von Straßburg. Ein Teil der Zentrumsblätter findet immerhin sehr scharfe Worte der Verurteilung über die das allgemeine Rechtsempfinden so schwer verletzenden Freisprüche, ein anderer stellt sich voll und ganz auf den Boden dieser Urteile und ein dritter, wie der „Bad. Beobachter“, findet sich zwischen diesen zwei Standpunkten überhaupt nicht zurecht, schwankt zwischen Verurteilung und Anerkennung hin und her und ist von einem nationalliberalen Blatte insofern nicht mehr zu unterscheiden. Das Zentralorgan schreibt nämlich, daß, wer der Verhandlung gefolgt sei, eine gewisse Genugtuung darüber empfinden müsse, daß v. Reutter freigesprochen wurde:

Nach seinem ganzen Auftreten ist er ein großer, ehelicher Soldat. Und es mußte unbedingt für ihn persönlich einnehmen, daß er von vornherein und bis zum Schluß der Gerichtsitzung betonte: Wenn ein Schuldiger vorhanden ist, dann bin ich es allein; alle andern haben auf meine Weisung gehandelt. So denken wir uns den pflichtgetreuen Offizier, der ritteilich in Wort und Tat sein muß. Nach der persönlichen Seite also hat man kaum einen Grund, den Ausgang des Prozesses zu bedauern. Auch fällt auf das Oer an sich keinerlei Fiklen und das kann jeden Patrioten nur mit Genugtuung erfüllen.

Wenn mag es nach diesen wohlwollenden Ergüssen erstaunlich erscheinen, daß auch die Laten der lieben Leuten milde und freundlich rezentiert werden. Man sieht, daß die Kampanei des Zentrums, mit den Konserwativen auf unsere schwarze „Volkspartei“ ihre Wirkung nicht verfehlt.

Die Gehaltsverhältnisse der Lehrer in Baden.

Im Jahre 1910 wurden die Gehälter der badischen Volksschullehrer in der Weise aufgebessert, daß sie jetzt in 10 Aufstiegsperioden von 1600 Mk. bis 3200 Mk. (vorher von 1500 Mk. bis 2800 Mk.) aufstiegen. Die vom Badischen Lehrerverein damals beantragte Aufnahme der Lehrer in den Gehaltstaxi mit wenigstens 3800 Mk. Höchstgehalt wurde von der Regierung mit der Erklärung, den Gehaltentwurf zurückzuziehen, sobald von Landtag die Einreichung der Lehrer in den Gehaltstaxi beschlossen werde, entschieden abgelehnt. Staatsminister v. Dusch betonte damals in den Verhandlungen der Ersten Kammer über das Schulgesetz, daß durch die neue Gehaltsregulierung der badischen Volksschullehrer ihr Einkommen in seiner Gesamtsumme an der Spitze der deutschen Lehrergehälter stehe.

Obwohl der Badische Lehrerverein erreicht hatte, was damals zu erreichen war, gab der Vorstand bekannt, daß er nach wie vor in der Einreichung der Lehrer in den Gehaltstaxi, „die einzig richtige Lösung der Gehaltsfrage“ sehe und darauf bestehen werde. Jetzt ist aufs neue die Gehaltsfrage in der badischen Lehrerschaft aufgemailt worden. Das Draan des Badischen Lehrervereins, die „Badische

Schulzeitung“, behauptete kürzlich in einem längeren Artikel, in vielen badischen Schulhäusern herrsche Not und erklärte in der letzten Nummer in einer Uebersicht über das Jahr 1913: „Wenn Kultusminister Dr. Böhm mit gleichem Wohlwollen und gleicher Energie wie an die neue Schulordnung so an die aufgemailte Gehaltsfrage herantrete, dann dürften die badischen Lehrer vertrauensvoll in die Zukunft blicken.“ Es ist, so wird der „Straß. Post“ geschrieben, keine Frage, daß der Badische Lehrerverein aufs neue den Kampf für die Erfüllung seiner Hoffnungen beginnen wird und wohl wieder eine Petition einreichen dürfte. Wie die Dinge jedoch liegen, scheint kaum Aussicht vorhanden, daß die Regierung von ihrem 1910 vertretenen Standpunkt abgehen wird.

Der Wehrbeitrag.

Jeder, von dem der Steuerkommissar annimmt, daß er verpflichtet sei, eine Vermögenserklärung wegen des Wehrbeitrags abzugeben, hat kürzlich mit der Aufforderung dazu auch eine ausführliche und übersichtlich geordnete Anleitung erhalten. Die badische Steuerverwaltung hat nun eine besondere Maßnahme getroffen, um allen, die mit dem Wehrbeitrag zu tun haben, die Anwendung der neuen Vorschriften noch weiter zu erleichtern. Sie hat eine reichhaltige Sammlung von Beispielen bearbeitet, die an zahlreichen aus dem Leben gegriffenen Fällen im einzelnen zeigt, wie sich der Pflichtige jedesmal zu verhalten und wie er den Vordruck zur Vermögenserklärung auszufüllen hat. Die Beispielsammlung wird, solange der Vorrat reicht, von den Steuerformularen auf Wunsch abgegeben. Außerdem befindet sich die Sammlung in den Händen aller Steuererheber und (außerhalb der Sphäre der Steuerkommissäre) auch in den Händen der Gemeindebehörden (Bürgermeister, Notarschreiber); alle diese können den Pflichtigen, die nicht selbst zurecht kommen, an Hand der Beispiele genaue Auskunft geben.

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Das Zentrum arbeitet im gegenwärtigen Wahlkampf mit Hochdruck. Die Agitation wird so ziemlich nach amerikanischem Muster betrieben. Die Zentrumspolitik muß doch nicht so glänzend rechtfertigt sein, wenn man ein solches Aufgebot von Rednern braucht, um die Einweisung der Wähler zu besorgen. Und sie besorgen es gründlich. Am Sonntag fand auch in Kammerweier eine Zentrumsversammlung statt, in welcher ein Zuchlinsektor sprach. Zum zweiten Teil war der Zentrumsstandheld Wirth erschienen per Auto. Seine Rede war mit allerhand Nischen und Witzen gespickt. Von dem aber, was das Zentrum bisher getan und noch zu tun gedenkt, bekam man nichts zu hören. Wie immer, mußte auch die „Religion“ für die Zwecke des Zentrums geborgt werden. Er zitierte aus einem Buch eines Freidenkers verschiedene Aussprüche, um zu zeigen, wie die Religion gefährdet sei. Dabei fällt es aber keiner Partei ein, an den religiösen Freiheiten des Volkes zu rütteln. Die Sozialdemokratie insbesondere tritt hier für völlige Freiheit in Religionsfachen ein; sie bekämpft insbesondere jedes Ausnahmegesetz und hat auch aus diesem Grunde für Aufhebung des Jesuitengesetzes gestimmt. Aber Herr Wirth benutzte in skrupelloser Weise auch dieses Hauptagitationsmittel des Zentrums, um die Volkseele zum Kochen zu bringen. Man sollte deshalb bei uns die Jesuiten zulassen, schon um dem Zentrum eine Agitationswaffe, mit dem man noch das Volk zu fördern weiß, zu nehmen.

Wirtschaftliche Fragen behandelte Herr Wirth wenig. Die Volkspolitik müsse in dem bisherigen Stadium weitergeführt werden; so will es die „ausgleichende Politik“ des Zentrums. Diese kommt aber in Wirklichkeit nur den Großagariern zugute. Unsere kleinen Landwirte haben keinen Nutzen davon, denn sie müssen sämtliche Bedarfsartikel teuer bezahlen, durch die teuren Futtermittel ist es ihnen nicht ermöglicht, eine rentable Viehzucht zu treiben. Die Ausführungen des Redners über die Lage der Winger und die Hilfe, die diesen zu teil werden muß, teilen wir vollständig. Unsere Partei war stets bereit, diesbezügliche Anträge zu unterstützen und den kleinen Kleinrenten und Landwirten Erleichterungen zu gewähren. Es ist daher eine perfide Verleumdung des Zentrums, wenn es die Sozialdemokratie als die „Loseinbin der Landwirtschaft“ bezeichnet. Wir sind nur Feinde des Großagariertums, welches glaubt, daß das Reich seinen Profit zu gewährleisten habe auf Kosten des deutschen Volkes, welches unter dieser unfählichen Agrarpolitik leiden muß. Seine Politik zu rechtfertigen fällt dem Zentrum nicht ein. Es wird auch sehr schwer sein, darum bekommt man auch in den Zentrumsversammlungen nichts davon zu hören.

Herr Wirth erzählte auch von den Gewalttaten der Liberalen im Hanauerlande; er meinte, beim Zentrum komme so etwas nicht vor, was jedoch nicht zutrifft. Wir erinnern nur daran, wie es unsern Genossen in Niederschöpsheim und Hofweier ging bei der letzten Reichstagswahl. In einer Reihe von Orten bekommen wir durch den Terrorismus des Zentrums keine Lokale. Wenn dann noch Herr Wirth von Gewalttaten gegen das Zentrum spricht, so ist das eitel Dunst. Er verachte auch die konfessionelle Gehe und sei für Versöhnung aller. Hört sich ja schön an, aber wenn man die schwarzen Blätter liest, so bekommt man eine andere Meinung. Nicht mit Witen und Phrasen sollen die ersten Fragen der Politik besprochen werden, sondern klar und ungewandigt müßten die Rechte des Volkes von seinen Vertretern gewahrt werden. Die Sozialdemokratie und ihre Vertreter haben in den Parlamenten stets die Rechte des Volkes mit Mut und Entschlossenheit vertreten. Wer deshalb für Ausbau der Demokratie und Volksrechte ist, kann nur dem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme geben.

Man schreibt uns: Je näher der 8. Februar, der Tag der Erstaahl, kommt, desto eifriger wird von den Parteien Wahl-agitation betrieben. Das Zentrum verweist hierzu den Sonntag vormittag, gleich nach Schluß der Kirche, denn dieses ist der

besten Zeitpunkt, um die katholischen Wähler für die „qual Gady“ des Zentrums bearbeiten zu können. Bei den früheren Wahlkämpfen haben die Zentrumsagitatoren mit besonderem Eifer betont, daß ihr jetziger Kandidat Schäfer ein beliebiger Mann sei, der mehr Lebenserfahrung besitzt, als ein jugendlicher Kandidat der gegnerischen Partei. Nun hat das Zentrum einen besonders sehr jugendlichen Kandidaten aufgestellt. Was würden nun die schwarzen Heuchler für ein Geschrei anstellen, wenn die Gegner mit denselben Argumenten die Zentrums-kandidatur bekämpfen würden, wie seinerzeit das Zentrum die Kandidaten ihrer Gegner wegen des jugendlichen Alters bekämpfte hat.

Wiederöffnung des Reichstages

Der Reichstag, der am 19. Dezember in die Weihnachtsferien gegangen war, hat seine Sitzungen wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung stehen Interpellationen über die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an Frauen zum Reichstag, über die Verhängung des Militärstrafrechts, über Schutz gegen Boykott und Streikausbreitungen u. a.

Berlin, 13. Januar.

Am Bundesratssitz: Kommissäre.
Präsident Kämpf eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten. Er begrüßt die Abgeordneten nach ihrer Rückkehr aus den Ferien; er wünscht ein glückseliges neues Jahr und den Arbeiten des Reichstages einen guten Erfolg. (Wavoo!) Der Abgeordnete Wieland (Vol.) hat sein Mandat niedergelegt. Damit sind die Schreiben betreffend seine Verhaftung erledigt. Auf der Tagesordnung stehen Petitionen, zunächst die Petition betreffend Brandversicherungs-Rückvergütung an Bleistiftfabriken. Nach kurzer Debatte wird die Petition entsprechend dem Antrag der Kommission zur Erwägung überwiesen, während ein lenkbarer Antrag auf Überwachung als Material abgelehnt wird. Es folgt eine Petition betreffend die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts zum Reichstag an Frauen. Die Kommission beantragt Unterweisung zur Kenntnisnahme.

Abg. Dr. Cohn-Vordhausen (Soz.): Wir wünschen, daß die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wird. Das ist um so notwendiger, als die Frau heutzutage schon in überaus reger Weise an der sozialen Arbeit teilnimmt.
Abg. Dr. Well (Zentr.): Wir begrüßen es, daß die Frau heute ein wesentlich höheres Interesse für die öffentlichen Vorgänge zeigt. Eine andere Frage ist es, ob es zweckmäßig ist, diese an sich gesunde Bewegung durch die Verleihung des Wahlrechts zu stärken. Wir halten die Frage noch nicht für spruchreif. Radikalen Bestrebungen treten wir entgegen, deshalb lehnen wir den sozialdemokratischen Antrag ab, gehen aber mit Mäßigkeit auf die vernünftige Seite der Frauenbewegung nicht über die Petition zur Tagesordnung über.

Abg. Gräfe (kon.): Auch die sozialdemokratischen Arbeiter würden nicht besonders davon beglückt sein, wenn man ihnen Frauen das Stimmrecht gäbe. Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Die Erfahrung anderer Länder ermutigen uns nicht, den Frauen das Stimmrecht zu verleihen. Er liegt nicht im Interesse der Frauen, ihnen vollkommen politische Gleichberechtigung zu geben. Wir beantragen Uebergang zur Tagesordnung.
Abg. Dr. Haas (fortsch. Sp.): Ein Teil meiner Freunde stimmt für den Kommissionsantrag, ein anderer für den sozialdemokratischen Antrag.
Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) schließt sich dem konservativen Antrag an.

Abg. Meyer (natl.) stimmt für den Kommissionsantrag. Nach weiterer unerheblicher Debatte wird die Petition nach dem Kommissionsantrag der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.
Eine Petition des Verbandes der Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unsauberkeit in Köln auf Forderung der Postordnung (Aushändigung nicht voll adressierter postlagernder Sendungen nur gegen Vorweisung einer Postausweisakte) wird entgegen dem Antrag der Kommission auf Überweisung zur Kenntnisnahme auf Antrag des Zentrumsredners der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.
Es folgt die Petition betreffend Verhängung des Militärstrafrechts über ein Lokal in Burg. Im Laufe der Erörterungen erklärt

Generalmajor Wild v. Hohensborn, das Lokalverbot sei ergangen aus Gründen der Disziplin, nicht wegen der politischen Gesinnung des Wirts. Wir wollen nicht wirtschaftliche Schädigung herbeiführen.
Die Petition wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Darauf werden Petitionen, betreffend den Wandergewerbetreibenden, nach kurzer Erörterung als Material überwiesen. Hierauf verlagert sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Petitionen. — Schluß nach 5 1/2 Uhr.

Generalmajor Wild v. Hohensborn, das Lokalverbot sei ergangen aus Gründen der Disziplin, nicht wegen der politischen Gesinnung des Wirts. Wir wollen nicht wirtschaftliche Schädigung herbeiführen.
Die Petition wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Darauf werden Petitionen, betreffend den Wandergewerbetreibenden, nach kurzer Erörterung als Material überwiesen. Hierauf verlagert sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Petitionen. — Schluß nach 5 1/2 Uhr.

Zabern vor dem elsass-lothringischen Landtag.

Strasbourg, 13. Jan. Bei dicht besetzten Tribünen verhandelte die Zweite Kammer des elsass-lothringischen Landtags heute nachmittags über die von allen Parteien eingebrachten Interpellationen betreffend Zabern. Präsident Dr. Müllin eröffnete die Sitzung um 3.20 Uhr. Am Regierungssitz hat die Gesamtregierung Platz genommen.

Abg. Kämpfer (Zentr.) begründet die Interpellationen. Es befinde in Deutschland eine allmächtige Militärpartei, die mit allen Mitteln eine friedliche und ruhige Entwicklung in Elsaß-Lothringen zu verhindern suche. Diese Militärpartei, die schon zu verschiedenen Malen das deutsche Reich vor der ganzen Welt blamiert habe, habe in Zabern ein Glanzstück geleistet, das kaum noch übertroffen werden könne. Welche Wirkung dies auslösen müßte, haben im Reichstag in breiten Worten die Abg. Fehrenbach und van Calker ausgeführt. Trotz der Reden des Reichskanzlers und des Kriegsministers habe der Reichstag über das verderbliche Treiben der Militärpartei ein Scherbenegericht gehalten, wie es in der Geschichte des Parlaments einzig dastehende. Gestützt auf unwahre Berichte habe man sich bemüht, die Schuld an den bedauerlichen Vorkommnissen der Zaberner Bevölkerung zuzuschreiben. Was hat nun die Zaberner Bevölkerung getan? Sie hat dem Leutnant, der das ganze elsass-lothringische Volk beleidigte, deutlich zu verstehen gegeben, daß er von der Bildfläche verschwinden soll. (Zustimmung.) Der Oberst aber sagte: „Nun erst recht nicht!“ In dieser schweren Zeit habe die Zaberner Bevölkerung eine würdige und ruhige Haltung gezeigt, wie sie unter ähnlichen Umständen keine andere deutsche Stadt gezeigt hätte. (Weifall.) Wenn in Zabern kein Blut geflossen ist, so hat man das nur der dortigen Bevölkerung zu danken. Die Polizei hat erreicht, daß keinem Offizier ein Haar gekrümmt werde. Die Angriffe des Berliner Polizeipräsidenten gegen das elsass-lothringische Volk weise man auf das entschiedenste zurück. (Lebhafter Weifall.) Die ganze Affäre wurde durch Leutnant von Forstner ins Rollen gebracht. Wäre es nicht die Pflicht des Militärs gewesen, seinerzeit Ruhe zu schaffen, wo es doch die Mittel dazu in der Hand hatte? Man hat es aber nicht einmal in den Bereich der Möglichkeit gezogen, daß sich der Leutnant für die den Elsaß-Lothringern zugefügte Kränkung entschuldigte. An dem mangelnden Zusammenwirken

zwischen Kreisdirektor und dem Oberst war letzterer schuld. Er hat die Zivilverwaltung völlig ignoriert. Und nun zu der Gerichtsverhandlung: Alle Begriffe von Recht und Gesetz sind über den Haufen geworfen worden. (Zustimmung.) Es war ein ja Hochstehende, die vor Gericht standen. Wie ganz anders ist die Verhandlung gegen die drei Rekruten verlaufen! Die Militärpartei hat geiegt. Dieser Sieg bedeutet aber eine kaum übersehbare Niederlage des deutschen Vaterlandes. Die Militärpartei muß eben siegen und wenn dabei das ganze Vaterland in Trümmer geht. Wie viele Kulturwerte sind mit einem Schlag vernichtet worden? Wie vieler Jahre wird es bedürfen, um die Trümmer wieder aufzurichten? An dem grollen Weifall schloß die Militärpartei schuld. Neben dem deutschen Volk muß uns ein Kampfgenosse erstehen in der elsass-lothringischen Regierung. (Zurufe und Lachen.) Bisher hat sie sich auf die Seite derer gestellt, die dem elsass-lothringischen Volk stets mit Vorurteilen begegnen. Durch die Ausnahme-gesetze hat sich die Regierung das glänzendste Armutsgewand ausgestellt. Wir hoffen dennoch, daß die Vorgänge in Zabern und die Urteilsfällung des Kriegsgerichts sie eines besseren belehrt und, daß sie erkannt hat, daß ihre Existenz auf dem Spiele steht. Deshalb riefen wir an die Regierung die Frage, was hat sie in dieser schweren Stunde getan? (Zuruf: Nichts!) Redner nimmt dann den Kreisdirektor Mühl in Schutz, der seine Pflicht erfüllt habe. Der Beamte sei im Gerichtsjaal in unglücklicher Weise behandelt worden. Es scheint, daß vor einem Kriegsgericht jeder selbständige Beamte vogelfrei ist. Die Regierung würde unverantwortlich handeln, würde sie der Kriegspartei nachgeben, die das ganze deutsche Volk gegen sich aufgebracht habe. Ich bin aber andererseits überzeugt, daß die Regierung der mächtigen Militärpartei nicht gewachsen ist. (Zuruf: Sehr richtig!) Die andere Frage an die Regierung lautet: Ob, wann und welche Schritte sie an den zuständigen Stellen unternommen hat, um die versprochene Gungung für die Verleihung zu verschaffen und um ähnliche Uebergriffe des Militärs zu verhindern. Zum Schluß brachte der Redner einen Beschluß des Zaberner Gemeinderats zur Kenntnis des Inhalts: Der Gemeinderat in seiner außerordentlichen Sitzung vom 12. Januar 1914 spricht dem Kreisdirektor Mühl den Dank der Bevölkerung für sein entschlossenes, maßvolles und den Verhältnissen entsprechendes Verhalten aus und stellt ausdrücklich fest, daß die berechtigten Erregung der Bevölkerung verursacht worden ist dadurch, daß eine hinreichend rasche Sühne für die Verleumdung, wie sie Leutnant von Forstner getan hat, nicht gegeben wurde. Das Eingreifen des Militärs war ungeduldfertig, vor allem haben seine Aufläufe stattgefunden. Nur der unrichtigen Haltung der Zivilbehörden ist es zu danken, daß nicht geschossen wurde. (Lebhafter Weifall.)

Der Präsident rief nachträglich, daß der Redner mit Bezug auf die Kriegsgerichtsverhandlung den Ausdruck „Parodie“ gebraucht hat.
Abg. Weber (Zentr.): Das Militär wollte unter keinen Umständen nachgeben. Wir bekämpfen aufs entschiedenste den rücksichtslosen weltfremden Militarismus, der in Zabern in Erscheinung trat. Die Militärgerichte widersprechen dem modernen Rechtsbewußtsein. Nur der Kaiser kann uns noch helfen, vorausgesetzt, daß er richtig informiert wird. Unser armes Elsaß-Lothringen schreit geradezu nach Recht und Gerechtigkeit.
Abg. Jms (Soz.): Der Fall Zabern erregt das größte Aufsehen über die Grenzen des Reiches hinaus. Gesetz und Moral wurden mit Füßen getreten, während Offiziere höhnisch belächeln dürfen. Zabern ist ein Merkmal der Schande. Es bedeutet den Triumph einer kriegerischen Soldateska. Ich klage die Regierung an, daß sie ihre Pflicht und Schuldigkeit nicht getan hat. Die Einmischung des Kronprinz in die tief einschneidenden Bedürfnisse des Volkes müssen wir zurückweisen. Dort im Landgerichtsjaal liegen die Garantien in Scherben geschlagen.
Abg. Burger (lib.) wendet sich gegen den Versuch der konservativen Presse, den Tatbestand zu verschleiern. Eine schwere Verleumdung des elsass-lothringischen Volkes hat bis auf den heutigen Tag eine Sühne nicht gefunden. Das ganze Land muß dem Reichstag für seine Haltung herzlich danken. (Weifall und Händelklatschen, was der Präsident zu unterlassen litt.) Es wäre so leicht gewesen, die Hand zur Veröhnung zu bieten. Der Redner macht dann längere juristische Ausführungen, um die Unhaltbarkeit des Kriegsgerichtsurteils nachzuweisen. Er wolle den Reichstag warnen vor der Stunde, wo sich der Kriegsminister auf dieses Urteil stütze. Dem Kreisdirektor sei nicht das geringste vorzumerken. Seitens des Militärs seien eklatante Geschehnisse vorgekommen. Gegenüber den reaktionären Machenschaften müsse man betonen, daß gerade aus den Zaberner Vorfällen eine Erweiterung unserer Verfassung und eine Stärkung der Rechte des Staatsbürgers hergeleitet werden müsse. Es unterliege keinem Zweifel, daß das Freitrag der Regierung einen schweren Schlag erlitten habe. Deshalb hat denn der elsass-lothringische Vertreter im Bundesrat im Reichstag nicht gesprochen, wenn er etwa anderer Ansicht als der Reichskanzler und der Kriegsminister war. (Zuruf: Mandel durfte nicht sprechen!) Zum Schluß seiner Ausführungen nahm der Redner entschiedene Stellung gegen den Versuch, die Zaberner Unruhen als den Erfolg einer nationalen und protestantischen Begeisterung darzustellen. Die ganze Angelegenheit sei ausgemachten aus dem nationalen Ehrgefühl. Er appelliere an die Regierung, die Sache des Volkes energisch zu vertreten.

Staatssekretär Frhr. Jörn v. Bulach gab hierauf eine Erklärung ab. Die wiederholt durch Lachen und Neuerungen des Reichstages, aber auch durch allgemeinen Weifall begleitet wurde, soweit sie im Sinne der Interpellanten sich bewogte und in der er zunächst daran erinnerte, daß seinerzeit unbedachte Worte eines jungen Offiziers, der sich der Trägheit der nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerungen zunächst wohl kaum bemußt gemeint ist, in der Bevölkerung eine starke Erregung erzeugt und diese durch die leidenschaftliche Sprache eines Teils der Presse, die jene Verleumdung als eine Verleumdung des ganzen Volkstammes hinstellte, noch erhöht wurde. Irriümlischerweise habe die Bevölkerung damals angenommen, daß jene beleidigenden Äußerungen ohne Sühne bleiben werden. Der Staatssekretär gibt dann die Entwicklungsgeschichte der bekannten Vorgänge in Zabern in kurzen Worten wieder und konstatiert, daß im ersten Stadium, in den Tagen vom 8. bis 11. November, tätliche Verleumdungen oder gar Ausschreitungen nicht zu verzeichnen gewesen seien. Daß damals Offiziere mit Steinen geworfen worden seien, sei der Regierung nicht gemeldet worden. Die Zaberner Zivilbehörden hätten damals seitens der Regierung die strenge Weisung erhalten, unter allen Umständen mit den in Zabern zur Verfügung stehenden Polizeikräften für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen, das Militär gegen Verleumdungen zu schützen und im Notfall die bewaffnete Macht zu requirieren. Die Regierung habe in diesem ersten Stadium der bedauerlichen Vorfälle einer Situation gegenübergestanden, die ein direktes Einschreiten ihrerseits, soweit es sich um die Unterdrückung der Unruhe handelte, ausschloß. Daß der Leutnant v. Forstner die Bevölkerung Elsaß-Lothringens habe beleidigen wollen, wurde von dem Generalkommando durch öffentliche Erklärung in Abrede gestellt. Um übrigen stand der Leutnant unter der Disziplinargewalt seiner Vorgesetzten bzw. unter der Militärgerichtsbarkeit. Die Regierung sei damals der Behauptung entgegengetreten, daß die Zivilbehörden verjagt hätten, da tatsächlich die diesen zur Verfügung stehenden Polizeikräfte ausgereicht hätten, um ernste Unruhen zu verhindern. Auch der Anklagerevertreter in dem Kriegsgerichtsverfahren gegen Reutter habe die damaligen Maßnahmen

des Kreisdirektors als genügend anerkannt unter der Voraussetzung, daß eine Kontrolle in Bezug auf die Pflichterfüllung der Polizei ausgeübt werde. Schatzsekretär der Staatssekretär, daß ein Teil der Bevölkerung Zaberns auch sich beleidigt glaubte und sich zu lärmenden Straßenumgebungen hinreichend ließ. Es hätte dem Ansehen und der Pflicht der Demomner entsprochen, wenn sie den öffentlichen Aufforderungen des Bürgermeisters und des Kreisdirektors gefolgt wären. Die Frage, ob ein sofortiges Einschreiten der militärischen Vorgesetzten zur Verurteilung oder Verjagung des Leutnants v. Forstner nicht am wirksamsten zur Beruhigung führen würde, sei nicht durch die Zivilbehörde zu entscheiden gewesen. Der Staatssekretär stellte fest, die Durchführung weiterer Maßnahmen habe nach den Vorgängen vom 28. und 29. November bis zum Schluß des anhängigen kriegsgerichtlichen Verfahrens, dem die Feststellung der Verantwortlichkeit geschlechlich in erster Linie zufiel, zurückgestellt werden müssen. In letzterer Beziehung nähere Auskunft zu geben, sei die Regierung nicht in der Lage. Anwohner habe das Kriegsgericht gesprochen und diese seine Entscheidung, auch wenn sie noch nicht rechtskräftig sei, habe die Regierung — wie jeden Rechtspruch — zu achten. Die Regierung halte es indessen für ihre Pflicht, bei diesem Anlaß ausdrücklich zu konstatieren, daß in Zabern Militär- und Zivilbehörden freundschaftliche Beziehungen unterhielten und daß die wörtlichen Beschimpfungen, sich ursprünglich nur gegen Leutnant von Forstner richteten. Durch die eingeleitete Untersuchung wird festgestellt sein, wo auf seiten der lokalen Zivilorgane Unterlassungen oder Verfehlungen vorgekommen sind. Die Annahme, daß Abneigung die Triebfeder der Demonstrationen gebildet habe, muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Ebenso aber muß die Regierung — und gewiß im Sinne der großen Mehrheit der Bevölkerung — einen jeden Versuch, aus den bedauerlichen Vorfällen in Zabern Angriffspunkte gegen die Arme zu konstruieren und diese für einzelne Vorkommnisse verantwortlich zu machen, als irreleitend brandmarken. Die Arme, in der viele elsass-lothringische Landesfinder als tüchtige Soldaten mit Stolz gedient haben und dienen, ist kein Fremdkörper, sondern Fleisch vom eigenen Fleisch des Volkes. Und die Regierung ist überzeugt, daß sie dem stets bewachten militärischen Empfinden der Söhne des Volkes richtig Ausdruck gibt, wenn sie fest, daß sie eine Beschimpfung des Ehrenleides, das sie einst selber getragen, weit von sich weist und darum können und dürfen die aus der beiderseitigen momentanen Erregung hervorgegangenen bedauerlichen Vorfälle in Zabern die bisherigen guten Beziehungen zwischen Militär- und Zivilbehörde nicht trüben. Die Arme ist der Welt, auf dem die Macht und Größe des Reiches ruht und wer an ihr rüttelt, vergeht sich gegen das Vaterland und dessen Sicherheit. — Freiherr Jörn von Bulach schloß mit den Worten: Der Regierung sind aus ihrem anfänglichen Schweigen schwere Vorwürfe gemacht worden, als hätte sie die ihr vom Kaiser anvertraute und von ihr als heilige Pflicht übernommene Wahrung der Interessen des Landes außer Acht gelassen. Es erhebt sich absolut unzulässig, zu Kompetenzfragen, deren Entscheidung nicht vor das eigene Forum gehört, öffentliche Stellung zu nehmen. Mit dem Generalkommando des 15. Armeekorps hat die Regierung in andauernder Fühlung gestanden. Sie hat ohne Verzug die Schritte getan, die allein zur Feststellung vorgekommener Verfehlungen und deren Sühne führen können. Im übrigen würde die Regierung nicht ängern, ihren Kopf zu räumen, wenn nicht die volle Gewähr für die strenge Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Aufhändigkeiten gegeben wäre.
Der Abg. Haas (Zentr.) beantragte die Besprechung der Interpellation, die auf morgen nachmittags 8 Uhr verlagert wurde

Berichtszeitung.

Schwurgericht.

2. Körperverletzung mit Todesfolge.

Karlsruhe, 13. Januar.

Der erste Fall der Tagesordnung der heutigen Schwurgerichtssitzung war die Anklage gegen den am 28. Januar 1894 in Forchheim geborenen Tagelöhner Franz Schreiber wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tod. Dem Vorsitz der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Dr. Döltere. Vertreter der Anklage war Staatsanwalt Dr. Huber. Die Verteidigung des Angeklagten lag in den Händen des Rechtsanwalts Salzer.

Am 10. Dezember vorigen Jahres führte die Bürgermeisterei, wozu in Forchheim im dritten Bezirk ein neuzeitl. Aus diesem Anlaß gab es in allen dortigen Wirtschaften Feiern; so auch in der Wirtschaft zur „Linde“. Am Lauf des Abends kam es in genannter Wirtschaft zwischen Mitgliedern des Gesangsvereins und einigen jungen Leuten, unter denen sich auch der heute Angeklagte befand, zu einem Wortwechsel. Der Streit wurde indes wieder beigelegt und führte in der Wirtschaft selbst zu seinen weiteren Folgen. Tagegen gerieten die Gesangsvereinsler und Schreiber und dessen Kameraden auf dem Heimweg gegen 1 Uhr nachts von neuem in Wortwechsel, der schließlich zu Tätlichkeiten führte. Der Angeklagte wurde in der Nähe des Forchheimer Rathauses von dem Schreinergehilfen Karl Burkhardt angefaßt, beide balgten sich einige Augenblicke herum und Schreiber kam schließlich zu Boden. Darüber war er so ergrimmt, daß er, während er aufsprang, sein Messer zog, auf den inzwischen einige Meter abwärts gegangenen Burkhardt losging und mit dem Messer blindlings auf seinen Gegner einhieb. Dabei traf jenen ein Stich an der linken Schläfe, der eine schwere Verletzung des Schädels und Gehirns zur Folge hatte, an deren Folgen der Geschädigte anderen Tags im Krankenhaus zu Karlsruhe, wohin man ihn gebracht hatte, starb, ohne das Verwundte wieder erlangt zu haben. Eine sofort vorgenommene Operation hatte ihn nicht mehr retten können.
Der Täter wurde am andern Morgen verhaftet und ins Amtsgefängnis Ettlingen eingeliefert; in der Voruntersuchung legte er sofort ein umfassendes Geständnis ab; betrunken sei er nicht gewesen, er sei lediglich aus Mut, weil ihn sein Gegner zu Boden gebracht hatte, mit dem Messer auf ihn losgegangen und habe blindlings zugehauen; wüßte aber er ihn nicht wollen.
Auch in heutiger Verhandlung wiederholt der Angeklagte sein Geständnis und zeigt tiefe Reue über seine rasche Tat.

An die Geschworenen waren auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme 3 Fragen gestellt; eine Schuldfrage nach vorläufiger Körperverletzung, eine Schuldfrage nach Körperverletzung mit Todesfolge und eine Frage nach mildern Umständen.
Die Geschworenen bejahten beide Schuldfragen, sowie die Frage nach mildern Umständen.
Das auf Grund dieses Verurteilungs erlassene Urteil lautet auf 2 Jahre Gefängnis wegen Körperverletzung mit Todesfolge, unter Jubiligung mildern Umständen.

Ein tragisches Geschehnis ist es, daß der Vater des Verurteilten im gleichen Alter wie jetzt der Sohn, zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde, ebenfalls weil er einen Menschen erschlagen hatte.

Kommunalpolitik.

* Verkehrsansicht der Verstrafe. Der Gemeinderat von Weihen im hat in Verbindung mit dem gemeinnützigen Verein die Gründung eines Verkehrsvereins beschlossen, der badischen Bergstraße beschließen. Hand in Hand damit soll ein engerer Zusammenhalt aller badischen Verkehrsvereine und der angrenzenden Orte

Die Krankenhausbauten in Freiburg. Wie die Freiburger Zeitung erzählt, ist die Frage der Bauausführung der vorgezeichneten neuen klinischen Krankenhäuser jetzt dahin entschieden, daß die Neubauten nicht durch eine der am Wettbewerb beteiligten Firmen, auch nicht durch den ersten Preisträger, Oberbaurat Professor Billing-Karlstruße, sondern durch das städtische Freiburger Hochbauamt ausgeführt werden.

Kleine kommunale Mitteilungen. Bei der Bürgermeisterwahl in Ettenheim wurde im dritten Wahlgang Ratschreiber Otto Maro gewählt. — Bei der Bürgermeisterwahl in Ettenheim wurde der seitherige Ortsvorstand G. H. Schreiber wiedergewählt. — Im Alter von 68 Jahren ist in Schriedheim im Bürgermeister A. U. R. gestorben. Der Verstorbenen befaß sich im 21. Jahre im Amt.

Konservativ-liberaler Zusammenstoß im Dresdener Stadtparlament. In der letzten Sitzung des Stadtparlamentes folgten in Dresden am 10. d. M. die Verhandlungen über den Entwurf eines scharfen Zusammenstoßes zwischen Konservativen und Liberalen, weil die liberale Gruppe anstelle des bisherigen konservativen zweiten Vizepräsidenten, Obermeister Urzsch, einen der ihrigen vorschlug, der dann auch gewählt wurde. Die Konservativen ließen durch ihren Wortführer gegen den liberalen Vorschlag eine gallinge Erklärung los, durch welche der Vorschlag bekämpft wurde, und zwar in den höchsten Tönen der politischen Moral, auf die gerade die Dresdener Kommunalkonservativen in der rücksichtslosesten Weise gepöbelt haben, solange sie in der Mehrheit waren. Die Liberalen antworteten gereizt und warfen ihrem Gegner allerhand Tadel und andere Sünden vor, die das Maß der Unhöflichkeit endlich voll gemacht haben. — Unsere Genossen — jetzt im Stadtparlament 16 Mann stark — stehen in diesem Streit die Gegner unter sich. Sie wissen aber mit Recht darauf hin, daß man die Sozialdemokratie, trotzdem sie die stärkste Gruppe ist, noch immer vom engeren Vorstand ausschließen sollte. An Urzschs Stelle gehört ein Sozialdemokrat. Soweit konnten sich aber auch die Liberalen nicht aufdrängen. Auf unseren Vorschlag fielen daher auch nur die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter.

Bewerkschaftliches.

Breslau. In den Linde-Hofmann-Werken, Automobil- und Wagenbauanstalt, sind sehr ernste Differenzen ausgebrochen, welche bereits bei den Stimmern zur Arbeitsniederlegung geführt haben. Die Linde-Hofmann-Werke werfen ganz soziale Dividenden ab, wurden doch teilweise 35-40 Prozent ausgeschüttet, im vergangenen Geschäftsjahr 16 Prozent. Die Stundenlöhne der Schloßer und Dreher gehen jetzt bis auf 34 Pfg. und die der Hilfsarbeiter bis auf 31 Pfg. Trotz dieser sehr niedrigen Löhne hält die Firma die Verdienste der Velocist für zu hoch und hat an den bestehenden, aber sehr bescheidenen Abschöpfungen Abzüge von 10-20 Prozent vorgenommen. Alle Versuche, die Abzüge zurückzunehmen oder wenigstens zu ermäßigen, sind brüsk abgewiesen worden, wodurch unter der Velocist eine starke Erbitterung Platz gegriffen hat. Ein Kampf ist fast unvermeidlich, daher bitten wir, jeden Zugang von Metallarbeitern aller Art, sowie Tischlern, Stellmachern, Malern und Kupferschmieden zu unterbinden. Breslau gilt für gepöbelt und bitten wir um Solidarität.

Die Ortsverwaltung des D. M. A. S. Die Tat der Christlichen wird immer reaktionärer, arbeiterfeindlicher. Die zahlreichen Fälle von Streikbruch und Streikbrecherermittlung sind bekannt, man braucht nur an den Treiber der Textilarbeiterstreik zu erinnern. Und es liegt Schem in dem Verhalten der Christlichen, es sind nicht nur einzelne Personen, die etwa gegen den Willen der „Führer“ sich hinrichten lassen, gegen den gewerkschaftlichen Geist zu verstoßen, sondern es sind die Führer selbst, die hier „dahinbrechend“ vorgehen. Vor einigen Wochen spielte in Stuttgart ein Streik, in dem die Haltung des christlichen Metallarbeiterverbandes eine eigenartige Beleuchtung erhielt. Der Bezirksleiter dieses Verbandes gab als Zeuge unter Eid an, daß sie — die Christlichen — jeden Streik darauf prüfen, ob es ein Lohnstreik sei oder ein Machtstreik. Bei Lohnstreiks üben sie Solidarität, bei Machtstreiks bleiben sie „neutral“. Neutral sei, wenn sie die Firma nicht sperren, ihren Mitgliedsmitgliedern wohl Kenntnis geben von dem Bestehen des Streiks, es ihnen aber freistellen, ob sie in dem bestrittenen Werke anfangen wollen oder nicht. In dem vorliegenden Falle habe es sich um einen Machtstreik gehandelt. Die Firma wolle nämlich die Organisation ihrer Arbeiter, die alle dem Deutschen Metallarbeiterverbande angehörten, zerschlagen und sie hatte auch den bestehenden Tarifvertrag gekündigt. Deshalb habe er auch Neutralität geübt und seine Leute nicht abgeschaltet, dort anzufangen. Dieser die Nichtbereitschaft des Streiks habe er vom Unternehmer selbst Auskunft erhalten.

Es genügt also zur Verurteilung des christlichen Gewissens, wenn der Unternehmern ihnen Auskunft über den Charakter des Streiks erteilt. Nach einer solchen Auskunft wird der Streik sich immer zu einem Lohnstreik kempfen lassen.

Nach viel weiter jedoch als dieser christliche Führer ist für sich ein anderer Bezirksleiter gegangen. Es war der des christlichen Metallverbandes, Herr Oetke, der in einer Versammlung in Mainz sich also äußerte:

„Wenn in einem Betriebe 20 Kellner sind, von denen 19 rot und einer christlich organisiert sind, und wenn die 19 roten den Streik beschließen, ohne das Einverständnis des Roten, so erkräftigt für die christlichen Zentralverbände kein Streik. Streikbrecher ist nur ein solcher, der selbst den Streik mit beschließen hat und dann im Betriebe bleibt.“

In der Diskussion wurde der christliche Bezirksleiter von einem Rezenten der freien Gewerkschaft der Metallarbeiter auf die obige Äußerung aufmerksam gemacht und er wurde weiter gefragt, ob er denn die von Streikbrechererklärungen gelieferten Arbeitswilligen oder die, welche aus sich selbst zum Streikbrecher werden, etwa auch nicht als Streikbrecher erklären will. Daraufhin bekräftigt er ausdrücklich, daß diese Leute Streikbrecher wären.

Sicher handelt es sich hier nicht um gelegentliche Äußerungen einzelner Organe, oder um Entgleisungen in der Hitze des Gefechts, sondern es wurde in diesen Fällen zweifellos nur ausgesprochen, was in den oberen Instanzen beschlossene worden ist. Man sieht, die Christlichen gleiten immer weiter hinab auf der schiefen Bahn des Arbeiterverrats. Die Grenzen zwischen ihnen und den Götzen der Streikbrüche suchen sie immer neue, immer tadelscheinigere Gründe.

Berufsbewegung.

Genossenschaftsbewegung in Japan. Ende Juni 1912 bestanden in Japan 9304 Genossenschaften, 718 mehr als am Jahresbeginn. Am 31. Dezember 1911 waren 68 Proz. der Genossenschaften solche mit beidseitiger, 37 Proz. solche mit unbeschränkter Kapitalpflicht. Die Gesamtmitgliederzahl hing nach den Ermittlungen des Ministeriums für Ackerbau und Handel auf 980 000. Der Gesamtbetrag der Mittel der Genossenschaften (Anteile, Reserven, Sparanlagen, Anleihen) betrug bis zum 30. Juli 1912 auf reichlich 150 Millionen Mark. Der Zinssatz für Anleihen betrug 1910 durchschnittlich 12 Proz., für Sparanlagen 6 Proz. Die japanische Genossenschaftsbewegung ist reichlich zehn Jahre alt. Sie zeigt also eine fast beispiellos rasche und sichere Entwicklung.

Soziale Rundschau.

Rehl, 12. Jan. Die am 6. Dezember v. J. erfolgte Wahl des Ausschusses der Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Rehl wurde vom Versicherungsamt auf Empfindung des Gewerkschaftsleiters für ungültig erklärt. Die Neuwahl wurde auf Samstag, 28. Februar, anberaumt.

Die Beschäftigung in Siegen. Nach einer Bekanntmachung des Reichsanzeigers sind mit dem 1. Januar 1914 neue Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Siegen, Anlagen zur Herstellung von Dinaststeinen, Schamottesteinen und anderen Schamotteerzeugnissen in Kraft getreten. Während die bisherigen Bestimmungen nur für Betriebe mit mindestens fünf Arbeitern gelten, ist nun ihr Anwendungsgebiet auf sämtliche Betriebe der genannten Art erstreckt worden.

Das Justizministerialblatt Nr. 1 für das Großherzogtum Baden enthält Erlasse betreffend: die Belegung über das eheliche Güterrecht, die Anlegung von Mündelgeld beim Staatsschuldbuch, die Eintragung des Steuerwerts und des Feuerversicherungsanschlages in das Grundbuch, die Kranken- und Invalidenversicherung der im Justizdienst beschäftigten Personen, die Formulare zur Zustellungsordnung und die Vertretung des Militäristatus bei der Handlung der Dienstprämie der Unteroffiziere.

Die Zahl der einer besonderen Aufsicht unterliegenden gewerblichen Unternehmungen Baden betrug am Ende des verfloßenen Jahres insgesamt 16 680 mit 283 802 Arbeitern, bei einer Bevölkerung von rund 2 100 000 Seelen. Davon waren beschäftigt in der Maschinenindustrie 44 885, in der Metallgewerbe 86 604, in der Zigarrenfabrikation 40 996, in der Textilindustrie 36 899 Arbeitskräfte. Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte betrug 88 800.

Stellennachweis und Bureauangestellte. Die Schädigungen des einzelnen und des Wirtschaftslebens aus der Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes sind unbestritten. Für den Angestellten bedeutet sie eine unnötige Verlängerung einer bevorstehenden Stellenlosigkeit. Dem Prinzipal entsteht durch Wiederbeschaffung offener Stellen manche Verdrüsslichkeit und Unbequemlichkeit. Deshalb liegt es im gemeinsamen Interesse, die offenen Stellen auf schnellstem Wege den Stellungsuchenden zur Kenntnis zu bringen. Aus diesen Erwägungen hat der Verband der Bureauangestellten Deutschlands einen für Angestellte und Prinzipale kostenlosen Zentralstellennachweis, Berlin C. 25, Kaiser Wilhelmstraße 18 a, errichtet. Die Stellenvermittlung erstreckt sich über das ganze Reich. Es werden Stellen aller Art für die Bureau des Rechtsanwalts, Patentanwälte, Versicherungsgeellschaften, Krankenkassen, Fabriken u. nachgewiesen. Diese zweckmäßige Einrichtung sollte regelmäßig in Anspruch genommen werden. Namentlich ist das auch den Angestellten zu empfehlen.

Dritte deutsche Wohnungskonferenz. Zugunsten des soeben beim Landtage eingebrachten preussischen Wohnungsgesetzentwurfes veranstaltet der Deutsche Verein für Wohnungsreform am 23. Januar d. J. in Berlin eine Delegiertenversammlung der Organisationen und Freunde der Wohnungsreform, die sogenannte dritte deutsche Wohnungskonferenz. Die Herren Behmer Oberbaurat Dr. Ing. Etibben-Berlin-Grünwald, Dr. Altenroth-Berlin, Abteilungsleiter in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, und Dr. A. v. Ranoldt-Frankfurt a. M., Generalsekretär des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, werden über den Entwurf berichten und es soll zu dem ganzen wie zu den einzelnen Teilen des Entwurfes Stellung genommen werden. Wenn der preussische Wohnungsgesetzentwurf auch keineswegs eine Maßregel von umwälzender Größe ist, so würde seine Verwirklichung die Wohnungsreform doch um ein gutes Stück vorwärts bringen. Alle Freunde der Sache werden daher dringend gebeten, das Konferenzunternehmen nach Kräften zu unterstützen. Anfragen nimmt der Deutsche Verein für Wohnungsreform, Frankfurt a. M., Hochstraße 23, entgegen.

Aus dem Lande.

Durlach. — Aus dem Gemeinderatsbericht vom 13. Januar. Mit den Anstößern der Hausgrundstücke auf den sogenannten Dinterwiesen soll auf der Basis einer Verständigung zwischen Stadtvorstand und den Anstößern wegen des Bezugs zu den Kanalkösten verhandelt werden. — Nach Mitteilung der Landwirtenschaftsammer soll am 21. und 22. Februar ds. J. in der hiesigen Turnhalle ein Saatgutmarkt stattfinden. — Nach Mitteilung des gr. Steuerkommissärs sind die umlagepflichtigen Steuerkapitalien so gestiegen, daß der Umlagebeitrag 1914 um zirka 24 000 M. höher sein wird, wie 1913. — In einem Bericht an das Rektorat der Volksschule äußert sich der Rektorskulaat, der im Dezember die Schule geprüft hat, sehr anerkennend über den Stand der Schule und insbesondere auch über den Beschluß der Gemeindefolgegen, ein neues Schulhaus zu bauen.

Bruchsal. — Ein Bankett veranstaltete das Zentrum am Samstagabend im „Wolf“. Der neugewählte Oberbürgermeister, Herr Dr. Meißner, dem zu Ehren das Bankett stattfand, war hierzu erschienen. Zunächst fand allgemeine Beweisaufklärung statt, wozu hini Redner erforderlich waren. Hierauf ergäffte der neue „Ober“ das Wort. Er führte u. a. aus: Obwohl er durch das Zentrum gewählt ist, so wolle er doch kein Parteibürgermeister, sondern ein Meister aller Bürger sein; er wolle seinen neuen Posten unparteiisch nach den Grundätzen der Gerechtigkeit und der Billigkeit versehen. Alle Achtung vor diesen Worten und es wäre erfreulich, wenn ihnen die Tat folgen würde. Zunächst wollen wir abwarten, ob Herr Dr. Meißner zu bestimmen hat oder andere, wie regiert wird, das wird erst die Zukunft lehren. Eine Sonderkommission von Eisenbahn- und Postbediensteten und Strafanstaltsaufsehern überreichte ein Bußgeld und dann folgte nochmals eine Reihe von Rednern der verschiedenen Berufsgruppen. Alles war da, nur keine Arbeiter konnte man hören; war diesen vielleicht das Schweigegebot auferlegt.

Stillingen. — Sozialdemokratischer Verein. In der Brauerei „Hense“ fand am 10. d. M. die Generalversammlung statt, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Der Geschäftsbericht zeigte, daß die Vorstandschaft ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Neben den üblichen monatlichen Mitgliederversammlungen, in denen jeweils lehrreiche Vorträge gehalten wurden, fanden eine ansehnliche Zahl Vorstandssitzungen statt. Drei öffentliche Volksversammlungen fanden statt, in denen die Gen. Kolb, Dr. Frank und Dr. Duffel sprachen. Der Besuch war ein guter. Das 50jährige Parteijubiläum wurde in würdiger Weise begangen, ebenso die Bebel-Geburtsfeier. Die Tätigkeit der Bürgerausbildungsfraction noch kurz freiziehend, wünscht der Vorsitzende eine rege Aussprache. Die Diskussion war rege und sachlich. Der Kassenericht wurde mit Befriedigung aufgenommen. Die Neuwahlen brachten mit Ausnahme des verdienten Kassiers, der eine Wiederwahl infolge anderweitiger wichtiger Verpflichtung ablehnte, keine wesentliche Neuerungen. Als Kassier wird Gen. A. Mann einstimmig gewählt. Mit dem Wunsche, noch mehr als

bisher im Dienste der großen Sache zu wirken und unermüdetlich zu arbeiten, schloß Gen. Leppert in vorgerückter Stunde die anregend verlaufene Versammlung.

Die Freie Turnerschaft hielt am Sonntag den 11. Jan. in der „Blume“ die Generalversammlung ab. Zahlreich hatten sich die Turngenossen eingefunden. Der Geschäfts- und Kassenbericht zeigte eine fleißige, emsige Arbeit seitens der Verwaltung. Die Aufwärtsbewegung des Vereins kann im verfloßenen Jahr geradezu als eine glänzende bezeichnet werden. Das ist gut so. Die gute Harmonie zwischen Mitgliedern und Verwaltung zeigte sich bei der einstimmigen Wiederwahl sämtlicher Turnratsmitglieder. Ein großzügiges Aktionsprogramm soll in diesem Jahre die Arbeiterturnfeste wesentlich fördern. Hierzu ist die Unterstützung aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter notwendig. Aber auch an die Arbeiterkassen wendet sich der Verein, ihre der Schule entlassene Söhne der Freien Turnerschaft zuzuführen. Unterstützt nicht die Gegner, die nur verjüden, ganz besonders die Jugend am Gängelbände zu führen. Wir brauchen im Kampfe denke und freie Menschen. Deshalb, ihr Arbeiterkassen, erfüllt eure Pflicht und stärkt die Reihen der Freien Turnerschaft. Dem vorwärtsstrebenden Verein unsere Sympathie, ein feineres Blühen und Gedeihen zu seinen idealen Bestrebungen und ein fruchtbares „Frei Heil!“

Ortenburg.

Sozialdem. Verein. In der Versammlung vom letzten Samstag, die sehr gut besucht war, hielt Gen. Reichstagskandidat Geller einen sehr interessanten Vortrag über „Klassenkapitalistischen Entwicklung und deren großen Umwälzungen und bösen Folgererscheinungen, Krisen, Massenelend und Ausbeutung, sei der Klassenkampf geboren worden. Die Arbeiterkassen erkannte alsbald, daß nur durch starke Organisation die Rechte ihrer Klasse gewahrt werden könnten. Durch die Konzentration des Kapitals und den Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft mußten sich die Gegensätze immer mehr zuspitzen. Die Arbeiter waren genötigt, ihre Rechte mit Gewalt zu erkämpfen. Redner wies darauf hin, wie alle Kämpfe und Erfolge der Gewerkschaften illusorisch sind, wenn nicht eine starke politische Vertretung derselben in den Parlamenten einen Einfluß auf die Gesetzgebung hat. Er behandelte hierauf in seinen weiteren Ausführungen den von Regierung und den Schatzmachern geplanten Versuch, die Rechte der Arbeiter zu kürzen und jenen Elementen, die den um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeitern in den Rücken fallen, einen größeren „Schutz“ zu verschaffen. Eine von Gen. Geller verlesene diesbezügliche Resolution, in welcher energisch Protest gegen diese arbeiterfeindlichen Pläne eingelegt wird und der weitere Ausbau der Rechte der Arbeiter verlangt wird, fand später einstimmige Annahme. Mit einem feurigen Appell an die Genossen, an der Parteiarbeit teilzunehmen, für Ausbreitung unserer Presse unermüdetlich tätig zu sein, um überall unsere Gedanken und Ideen Eingang zu verschaffen, schloß Gen. Geller den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Vorsitzende forderte ebenfalls die Genossen auf, sich voll und ganz zur Verfügung zu stellen und jederzeit, wenn der Ruf an sie ergeht, ihre Pflicht zu tun. Genosse Haberer gab hierauf ein Bild über die bereits geleistete Agitation im Reichstagswahlkampf. Nun gulte es, noch die kurze Zeit auszunützen, um den Wahlkampf in Ehren zu bestehen. Hierzu konnte die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Das ist am verkehrten Ende gepart. Seit Jahren erhielten bedürftige Kinder mit Eintritt kalter Witterung und damit verbundener Arbeitslosigkeit in der Schule ein warmes Frühstück, bestehend in einer Tasse Milch und Brot. In diesem Jahre müssen die Kinder auf diese Wohltat verzichten. Soll das ein neues Sparhilfsmittel sein?

a. Grünwettersbach, 13. Jan. Eine rohe Tat verübte am Samstag mittag der Fabrikarbeiter Karl Schäfer. Er begab sich in den Wald, verdeckte sich im Gebüsch und wartete, bis die Arbeiterinnen der Spinnerei und Weberei von der Arbeit nach Hause gingen. Er überfiel dann die Arbeiterin Lisette Kappeler, warf sie zu Boden, riß ihr den Schirm aus der Hand, schlug auf sie ein, bis der Schirm in Stücke zerbrach. Die Ueberfallene trug im Gesicht und am Körper zahlreiche blutunterlaufene Verletzungen davon, sie konnte sich mühselig nach Hause schleppen und mußte das Bett hüten und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Täter wurde zur Anzeige gebracht. Eine recht empfindliche Strafe wäre für eine solch rohe Tat am Platze.

o. Bretten, 13. Jan. Ein bedauerlicher Unglücksfall trug sich am letzten Samstag in dem benachbarten Ainfelingen zu. Der nahezu 60 Jahre alte Adlerwirt stürzte beim Heubohlen von der Scheune hinab in die Tanne und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er am anderen Morgen starb. Die Gemeinde Ainfelingen verliert in dem Verstorbenen einen sehr geachteten und beliebten Bürger.

Heidelberg, 12. Jan. Vorgestern wurde der Fuhrmann Ubrig aus Wieblingen auf der Speyerer Landstraße von einem Automobil angefahren und am Kopf und an der Wirbelsäule erheblich verletzt. — Wegen fittlicher Verfehlungen, begangen an Kindern von 8-12 Jahren, wurde der Hausmeister U. vom hiesigen Schlacht- und Viehhof verhaftet.

Mannheim, 11. Jan. Der auf der Wandererschaft befindliche 40jährige Schloßer August Gamp übernachtete in einer der letzten kalten Nächte in einem Strohschuppen. Am Weihnachtstag kam er mit erkrankten Füßen in das Mannheimer Gewerkschaftshaus, von wo aus man die Ueberführung des Unglücklichen ins Krankenhaus veranlaßte. Dort sind ihm nun beide Füße amputiert worden. — Und das nennt sich „göttliche Bestordnung“!

Käfertal, 12. Jan. Der ledige Chauffeur Johann Christmann hat sich erschossen. Das Motiv zu der Tat ist in einem Liebesverhältnis mit einer polnischen Arbeiterin zu suchen.

Redargerath, 12. Jan. In der Nacht zum Sonntag wurde in der katholischen Kirche ein frecher Einbruchdiebstahl verübt. Aus einem Schrank wurden zwei Messgewänder gestohlen und sämtliche Opferstücke ihres Inhalts, ungefähr 20 M., beraubt. Die Einbrecher versuchten dann auch in einem Privathaus einen Diebstahl, wurden aber gestört. Der Polizei in Okerburten ist es gelungen, die Kirchenräuber zu verhaften. Es handelt sich um zwei ungefähr 25 Jahre alte Italiener namens Angelo Marosi und Louis Freschi, die eine Menge Einbrechwerkzeuge mit sich führten. Weiter fand man bei ihnen einen scharfgeladenen Revolver. Man nimmt an, daß den beiden Verbrechern auch noch andere Einbruchdiebstähle zur Last zu legen sind.

Aus der Stadt.

Karlstruße, 14. Januar.

Geschichte des Sozialismus.

Der 7. Abend in der Reihe der vom Bildungsausschuß veranstalteten Vorträge über die Geschichte des Sozialismus war der französischen Revolution gewidmet. Genosse Kullmann hatte das Referat übernommen. Er wies einleitend darauf hin, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, die französische Revolution in einem Vortrag erschöpfend zu behandeln. Wer sich über sie gründlich informieren will, muß sich schon in die sehr reichhaltige Literatur, die über sie vorhanden ist, vertiefen. Wenn von

der französischen Revolution die Rede ist, denken wir unwillkürlich an die Worte: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Das revolutionäre Parlament, das 1789-1791 bestand, beschäftigte sich sehr lebhaft mit der Frage der Abschaffung der Sklaverei. Die Menschen waren aber noch nicht reif genug, um die Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu verwirklichen. Man kann sagen, die französische Revolution brachte die Emanzipation der Bourgeoisie. Die Herrschaft des dem Ancien Regime war für die emporkommende Bourgeoisie auf die Dauer unerträglich geworden. Die selbstverständlichen bürgerlichen Betätigungen waren mit schweren Abgaben belegt. Es war deshalb die erste Tat der französischen Nationalversammlung, diese Abgaben aufzuheben. Eine weitere Tat der Nationalversammlung war die Aufhebung der Feudallasten und die Säkularisierung der Kirchengüter. Der denkwürdigste Tag in der französischen Revolution ist und bleibt aber der 4. Juli 1789, an dem die Erstürmung der Bastille stattfand. Die Nationalversammlung konnte sich aber nicht dazu emporschwingen, die allererlebarste Konsequenz der Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu ziehen, d. h. die Republik einzuführen. Sie kam über die konstitutionelle Monarchie nicht hinaus. Die Grundsätze der Volkssouveränität erfordere ohne weiteres die Abschaffung jeglicher Vorrechte der Geburt. Auch Marat, einer der bedeutendsten Männer der französischen Revolution, kam über kleinbürgerliche Reformen nicht hinaus. Aber sein Verdienst ist, daß er erkannte, daß an die Stelle der Feudalherrschaft die Herrschaft der Bourgeoisie getreten ist. Die Nachhaber der französischen Revolution waren noch nicht zu der Erkenntnis vorgebrungen, daß das Geld nur ein Tauschmittel ist, das nicht durch seine ihm aufgedrückte Prägung seinen Wert erhält, sondern daß es diesen Wert nur erfüllt durch die in ihm aufgeschichtete, gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Neue glaubten, planlos Papiergeld machen zu können. Die Folge davon war natürlich eine ungeheure Teuerung, Not und Elend. Die einzige kommunistische Tat, das in der französischen Revolution geschah, war die Verschönerung unter Babeuf, die die Verteilung der Güter erstrebte, die aber nicht bedachte, daß sie durch diese Verteilung nicht dem Privateigentum, sondern den Tragen gehen würde, sondern daß dadurch immer neue Privateigentümer geschaffen worden wären.

Die sehr lehrreichen Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Genosse Trinks teilte mit, daß am nächsten Montag über die Charistenebewegung von ihm ein Vortrag gehalten werden wird.

* Die Eisbahn auf dem Mehplatz hinter dem Stadtgarten ist benutzbar.

* Von der Technischen Hochschule. Geh. Rat Dr. Engler, Professor an der Technischen Hochschule Karlsruhe, wurde von der Petersburger Akademie der Wissenschaften zum korrespondierenden Mitglied ernannt.

* Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen erfolgte gestern vormittag 11,35 Uhr Ecke Rhein- und Gonselstraße infolge Verlangens der Bremsen. Beide Wagen wurden stark beschädigt, Personen nicht verletzt.

* Unfall. Am Montag vormittag kam ein lediger Fuhrmann von hier auf einer von Kindern gezogenen Schleife in der Durlacher Allee zu Fall und zog sich lebensgefährliche innere Verletzungen zu. Er mußte ins städtische Krankenhaus aufgenommen werden.

Veranstaltungen.

* Maskenball des Männergesangsvereins. Einen schönen und gelungenen Auftakt in der Reihe der diesjährigen karnevalistischen Veranstaltungen bildete der Maskenball des Männergesangsvereins Karlsruhe am letzten Samstag im großen Saale der Festhalle. Diese erste größere Ballveranstaltung hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen, ein laut bewegtes, farbenfrohes Bild bot sich dem Auge beim Ueberblicken des Saales vom Podium aus dar. Zahlreiche männliche und weibliche Masken, oft recht originelle darunter, drehten sich im Tange. Vorwiegend bemerkten wir Trachten, alle Nationen und Landesteile waren vertreten. Die Ballmusik stellte die Kapelle des Artillerie-Regiments Nr. 60 in gewohnter trefflicher, flotter Weise. Jung und Alt hielt bis in die frühen Morgenstunden aus, wohl der beste Beweis dafür, daß es sowohl den Mitgliedern wie auch den zahlreich erschienenen Gästen gut gefallen hat und daß die Leitung des Vereins mit der Abhaltung eines Maskenballs im großen Festhalleaal einen guten Griff gemacht hatte. Der gute, schöne, gemüthliche und frohe Verlauf des Balles wird für die Vereinsleitung die beste Anerkennung und Belohnung für die aufgewandte Mühe sein.

* Gastspiel der Egl-Bühne im Kolosseum. Am Freitag, 16. Januar, eröffnet die „Egl-Bühne“ (Direktion Ferdinand Egl aus Innsbruck) im Kolosseum ein auf einen Monat anberaumtes Gastspiel. Die Egl-Bühne ist eine Vereinigung von Naturdramatikern, die sich die künstlerische Pflege des literarischen, süddeutschen Dialekts, insbesondere aber eine würdevolle Pflege Ludwig Angenubers und der tirolischen dramatischen Heimattumt zur Aufgabe gemacht haben. Die Egl-Bühne, die ihren händigen Sitz in Innsbruck hat, absolviert seit einigen Jahren während den Wintermonaten Gastspiele in den Großstädten Deutschlands, Oesterreichs, Hollands, und der Schweiz. Die Eglleute haben sich in kurzer Zeit in literarischen Theater- und Pachtreisen einen großen künstlerischen Ruf erworben. Die seltene künstlerische Eigenart der Darsteller, verbunden mit der ihrem Milieu angepaßten echten Natürlichkeit und Bodenständigkeit, in erster Linie aber das literarische wertvolle Repertoire unterscheiden die Egl-Bühne wesentlich von anderen Truppen ähnlichen Genres und den „Bauertheatern“ und stellen das Ensemble des Direktors Egl künstlerisch an erste Stelle. — Die Egl-Bühne kommt heuer das erste Mal nach Karlsruhe und wird im Verlaufe ihres Gastspiels eine ausserordentliche Auswahl aus ihrem reichhaltigen Spielplan treffen. Sind es doch nun über 200 Werke, die seit der Gründung (1902) das ständige Repertoire der Egl-Bühne bilden. Die Direktion legt ein Hauptaugenmerk darauf, jede Neuerscheinung auf dem ihr zukommenden Gebiete sofort zu erwerben. Damit erfüllen die Eglleute aber auch eine künstlerische Mission, denn gerade das Volkstück ist heute ein Stiefkind des modernen Theaters. Die Eglleute werden ihr Karlsruhe Gastspiel am Freitag den 16. Januar mit Carl Morres Volkstück „Pater Jacob“ eröffnen. Das stimmvolle und humorreiche Werk des bekannten steirischen Volksdichters Morre, ist für Karlsruhe Novität, wie überhaupt die Direktion bestrebt ist, für Karlsruhe möglichst viel Novitäten auf den Spielplan zu bringen, um so ein theaterliebendes Publikum mit dem reichen Schatz unserer Volksliteratur bekannt zu machen und zugleich eine reizvolle und interessante Abwechslung zu bieten.

* Sondervorführung im Residenztheater. Die Firma Pathe Freres hatte auf Freitag morgen die Vertreter der Presse sowie

Interessenten in das Residenztheater zur Vorführung eines Films, betitelt „Geimatos“, geladen. Dieser Film ist eine Bearbeitung des Romans „San fammille“ von Hector Melot und ist wieder ein ausgezeichnetes Werk der Filmkunst. In einem Vorspiel und vier Akten ziehen in prächtigen Bildern und in passender Darstellungsweise das Schicksal und die Leiden eines von einem verbrecherischen Onkel ausgelegten Kindes am Tage seiner Auskunjungen bis zur glücklichen Rückkehr in die Arme der Mutter vorüber. Die Darsteller haben ihre Rollen ganz vorzüglich herausgearbeitet. Verblüffend ist, mit welcher Meisterschaft die beiden Knaben ihre Rollen spielen. Ihnen gebührt der Löwenanteil an dem Erfolg, den auch dieser Film sicher haben wird. Die technische Ausführung, die Aufnahmen in der Natur oder in geschlossenem Raum, die Massenscenen oder Einzelszenen, sind wieder von einwandfreier Güte, es werden zum Teil ganz prächtige Bilder gestellt. Wenn auch die Kinodarstellung des Romans nicht die Wirkung erzielen wird, wie das Lesen desselben, so muß doch die Bearbeitung als eine recht glückliche bezeichnet werden, der Film wird sich sicher, wenn er der Allgemeinheit zugänglich gemacht sein wird, viele Freunde erwerben.

* Residenztheater. Das neue Programm enthält außer dem großen interessanten Jagdfilm ein wirkungsvolles Schauspiel unter dem Titel „Das Leben Jeanne d'Arcs, die Jungfrau von Orléans“. Des weiteren ein amerikanisches Drama „Um eine Erbschaft“, eine hübsche Komödie „Die gute Verkäuferin“, eine Humoreske „Willy lernt Kaufmann“, belebende Naturaufnahmen und die aktuellen Weltbegebenheiten in vorzüglicher Darstellung. Für die nachmittags stattfindenden Vorführungen des Jagdfilms haben wieder einige Schulen Klassenreisen Besuch angemeldet.

* Konzert Johanna Klein. Am 16. Januar, abends 8 Uhr, wird im Künstlerhaus sich Johanna Klein, eine junge Wiesbadener Künstlerin, zum ersten Male dem Karlsruher Publikum vorstellen. Sie hat ihre Ausbildung bei der berühmten Klaviervirtuosin Ells Rey von Hoogstraten erhalten und an ihren Klavierarbeiten in Wiesbaden und Schwerin großen Erfolg erzielt. Das Programm beginnt mit der meisterlichen Klavierübertragung der Pachelbells Chaconne von Jazoni. Es folgen die vier herrlichen Balladen op. 10 von Johannes Brahms und die 6-Moll-Sonate von Liszt; den Schluß bilden einige kleinere Stücke von Cobard, Mozart, Saint Saens. Die Vorbereitung des Konzerts besorgt die Hofmusikalienhandlung G. Kunz, Nach. * Max Reges und die Weininger Kapelle konzertieren heute Mittwoch abends 8 Uhr im Eintrachtsaal unter Mitwirkung des Geigenvirtuosen Alexander Schmueller aus Moskau. Es gibt noch Karten in allen Preislagen von 9-1 und 2-7 Uhr in der Hofmusikalienhandlung Hugo Kunz, Nach. Kurt Neufeldt, Kaiserstraße 114. Abendkasse und Saalöffnung erst ab 7 1/2 Uhr, da vorher die Solistenprobe stattfindet.

Neues vom Tage.

* Mordprozeß Hopf. Frankfurt a. M., 13. Jan. Heute begann die Zeugenernehmung. Zuerst wird das Sexualleben des Angeklagten unter Ausschluß der Öffentlichkeit erörtert, auch werden einige Probestuuren vernommen. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wird Polizeieinspektor von Salomon vernommen, der die Verhaftung Hopfs und dessen erste Vernehmungen leitete. Demals hat der Angeklagte nach anfänglichem Leugnen zugegeben,

daß er seiner Frau Arsenik am 26. Februar in einem Glas Sekt gereicht hat. Hopf hat sogar einmal gesagt, daß er die Heirat eingegangen sei, weil er schon vorher den Plan hatte, die Frau hoch zu verheiraten und dann zu vergiften. Das hat er aber dann sofort widerrufen. Von welcher Bedeutung dieses Geständnis für den Angeklagten sein konnte, das war er sich wohl bewußt, da er sich nach der Höhe der Strafe erkundigte. Aus den Aussagen der beiden Untersuchungsrichter ist hervorzuheben, daß Hopf auf die Mitteilung, in der Leiche des Kindes sei auch Arsenik gefunden worden, antwortete, das habe einer getan, um ihn hineinzulegen. Sehr viel später hat Hopf dann erklärt, daß er den beiden andern Leichen Arsenikinjektionen gemacht habe, um den Verwesungsprozeß aufzuhalten. Ebenso hat Hopf erst nach Monaten, als er schon wiederholt der Vergiftung seiner ersten Frau beschuldigt worden war, die Ausrede gebraucht, seine Frau habe immer Schönheitspillen eingenommen, die Arsenik enthalten hätten.

Selbstmord im Gerichtssaal.

Frankfurt a. O., 13. Jan. Selbstmord durch Vergiftung verübte heute im Saale der Strafkammer des hiesigen Landgerichts Malermeister Karl Kurt aus Sternberg. Er war wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Nachdem das Urteil verkündigt war, setzte er sich nieder und leerte ein Fläschchen mit Gift vor den Augen der Richter. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er bald darauf starb.

Sinrichtung.

Kottbus, 13. Jan. Heute früh wurde auf dem Hofe des hiesigen Zentralsängnisses die Witwe Minna Köderitz aus Dreblau, die am 28. Juni d. Js. vom Landgericht Kottbus wegen Ermordung des mit ihr in wilder Ehe lebenden Karl Köderitz zum Tode verurteilt worden war, durch den Scharfrichter Schmieß aus Dreblau hingerichtet. Die Köderitz hatte ihren Geliebten mit einem Beile erschlagen und die Leiche dann im Ofen ihres Wohnhauses verbrannt.

Kurzer Prozess gemacht.

Berlin, 13. Jan. Die Morgenblätter melden aus Berlin: Wegen einer ungewöhnlichen Robeie ist gestern abend ein Brauer verhaftet worden; er hatte seine 40jährige Ehefrau nach kurzem Streit einfach aus dem Fenster des ersten Stockwerks auf den gepflasterten Hof geworfen, wo sie mit schweren inneren und äußeren Verletzungen aufgefunden wurde.

Erfrorzener Maler.

Freiburg i. Sachsen, 12. Jan. Gestern nachmittag wurde bei Dersdorf bei Rehefeld der Kunstmaler Werner Giedmann aus Freiburg neben seiner Staffelei im Walde erfrorzen aufgefunden. Giedmann hatte nach am Mittwoch im Kurhause gespeist und war dann in den Wald gegangen, um zu malen.

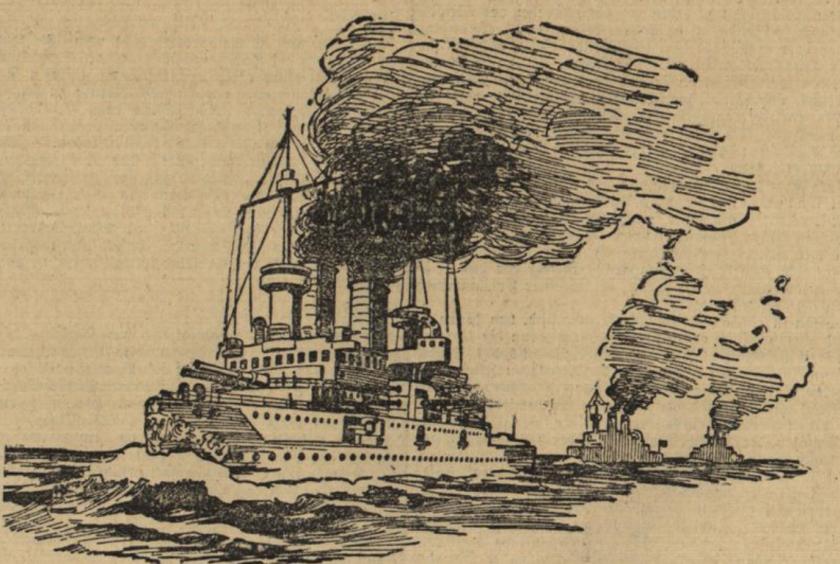
60 russische Rekruten erfrorzen?

Petersburg, 12. Jan. Während des letzten Schneesturms marschierte von Kronstadt nach Dranienbaum eine Abteilung von 60 Rekruten. Sie verloren die Richtung und sind nicht an ihrem Bestimmungsort angelangt. Man nimmt an, daß sie alle erfrorzen sind.

Letzte Nachrichten.

Preussisches Abgeordnetenhause. Berlin, 13. Jan. Im Abgeordnetenhause wurde heute das gesamte bisherige Präsidium wiedergewählt. Das

Mit Volldampf voraus!



erobern sich die echten Eckstein-Cigaretten die ganze Raucherwelt.

Eckstein's DA CAPO-Cigaretten
von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden.

Grösste deutsche Zigarettenfabrik
nach Arbeiterzahl (ca. 2300 Arbeiter)
Stück 3 bis 10 Pfg.



selbe geschah mit den Schriftführern. Sodann trat man in die Rede ein. Der erste Redner, der Abgeordnete Winkler, ging zunächst auf die Wehrabgaben ein, um dann gegen die Maßnahmen der preussischen Regierung Front zu machen, die ruhig zusehe, wie man im Reichstage darangehe, dessen Rechte zu erweitern und die der Bundesstaaten einzuschränken. Auf die Angriffe des Abg. Winkler antwortete Herr v. Bethmann-Hollweg u. a. Es sprach dann Abg. Herold (Str.), der für die Reichssteuer-Gesetzgebung eintrat und das geheime Wahlrecht forderte. Der Abg. Kössling (Nail.) forderte größere Fürsorge für die innere Kolonisation. Außer der Wahlreform brachte er noch die Zaberer Affäre zur Sprache, indem er alle Schuld der Zivilverwaltung beimmaß. Auf diese Darlegungen entgegnete Herr von Bethmann-Hollweg folgendes:

Ich habe volles Verständnis dafür, daß das Empfinden jedes Preußen durch die Zaberer Affäre sehr scharf und unangenehm berührt worden ist. Haben Sie denn nicht aus den Verhandlungen in Straßburg einen ganz anderen Eindruck von der Sache bekommen? Mir scheint, daß auch die Freunde des Vorredners jetzt zum Teil eines Besseren belehrt sein müssen. Es ist selbstverständlich, daß wir die Vorgänge im Elsaß ernstlich im Auge behalten und daß es eine große Sorge der Reichsregierung sein muß, Vorfällen für die Zukunft zu steuern. Bezüglich der Frage des Arbeitswilligenschusses habe ich im Reichstag ausgeführt, daß ein erhöhter Arbeitswilligenschuss in mancher Beziehung notwendig ist. Ich habe aber abgelehnt, es auf dem Wege eines Ausnahmegesetzes zu machen, son-

dern nur auf dem Wege des öffentlichen gemeinen Rechtes. Eine Wahlreform wird die Regierung den Parlamenten nicht aufzotterieren. Das Königswort ist eingelöst worden durch die Vorlage der Wahlreform von 1910. Daran, daß diese Wahlreform nicht zustande gekommen ist, weil sich der Landtag nicht darüber einigen konnte, trägt die Regierung keine Schuld. Die Regierung hält es nicht für angebracht, dem neugewählten Abgeordnetenhaus in seiner ersten Tagung, eine Vorlage über die Wahlreform, die von der größten politischen Bedeutung ist, zu machen. Ueber die Braunschweiger Frage habe ich mich ausdrücklich im Reichstage ausgesprochen. (Beifall). — Sodann vertagte sich das Haus auf Mittwoch Vormittag 10 Uhr, Schluß 1/4 Uhr.

Der Ausschuss des Arbeiterkongresses.

Berlin, 13. Jan. Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses hielt heute im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab. Beschlossen wurde eine Ausgestaltung des Ausschusses. Für die Vorbereitung wichtiger Fragen der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik, der sozialen Wahlen und der Versicherungsvertretung wurden ständige Unterausschüsse gebildet. Zur Förderung der letzten Kongressbeschlüsse wurde ein Aufruf an die Mitgliedschaften festgestellt. Sodann nahm der Ausschuss Stellung zu der von dem Reichskanzler angekündigten Denkschrift über die Auswüchse des Organisationswesens. Schließlich wurde ein Unterausschuss eingesetzt, der sich mit der sozialen Fürsorge für Ab- und Zuwandernde beschäftigen soll.

Zabern.

Zabern, 13. Jan. Das Urteil des Kriegsgerichts hat in Zabern einen sehr nachhaltigen Eindruck hervorgerufen. Der Gemeinderat ist gestern abend zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten und hat nach sehr erregter Debatte kurz nach Mitternacht den Beschluß gefaßt, den Kreisdirektor, der bekanntlich im Verlaufe des Prozesses schweren Angriffen ausgesetzt gewesen ist und ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt hat, das volle Vertrauen der Bürgererschaft auszusprechen. Außerdem ist angeregt worden, ein Telegramm an den Kaiser zu senden. Doch scheiterte dieser Plan an dem Widerstand eines Teiles der Gemeindevertreter.

Die Studierenden der Zahnheilkunde.

Leipzig, 13. Jan. Die Studierenden der Zahnheilkunde an der hiesigen Universität haben gestern einstimmig beschlossen, die Vorlesungen und Praktika von morgen an wieder zu besuchen, nachdem zum größten Teil erreicht sei, was sie vom Streik erhofften, nämlich die maßgebenden Behörden zu veranlassen, zur Promotionsfrage Stellung zu nehmen.

Eröffnung des norwegischen Landtages.

Christiania, 13. Jan. Der König eröffnete heute die Tagung des Stortings mit einer Thronrede, in der zunächst der Zeit vor 100 Jahren gedacht wird, wo sich das norwegische Volk die freie Verfassung erkämpfte. Seit dem habe es ununterbrochen Frieden gehabt und die Beziehungen zu den fremden Mächten seien andauernd freundschaftlich. Die Verhältnisse auf Eivberg seien beständig Gegenstand der Erörterungen mit den übrigen interessierten Mächten. Die Thronrede kündigt dann eine Reihe neuer Gesetzentwürfe, insbesondere auf sozialem Gebiet, an. Die Kredite für Meer und Flotte sollten gesteigert, die Dienstzeit für die Wehrpflichtigen zur See solle von 6 auf 12 Monate erhöht werden. Die Frage der Verlängerung der Wehrzeit der Armee solle noch weiter erörtert werden. Die Beratungen über die Altersversicherung seien dem Abschluß nahe.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Rothenfels. Die Dedung der Betriebskosten und die Tilgung des Anlehens für diesen Zweck durch Umlage ist gestattet. gesetzliche Bestimmungen stehen dieser Erhebung nicht im Wege.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Rabel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Briefkasten der „Kullerbü.“

Kullerbü. Er scheint. Sorgen Sie für guten Abjaß. Fagenstein. In der Weise nicht geeignet, wird aber im „Volkstfreund“ behandelt. Was soll damit gesagt sein?

Wasserstand des Rheins.

14. Januar.
Schusterinsel 2.52 m, gef. 23 cm, Rehl 3.60 m, gef. 48 cm
Maxau 6.44 m, gef. 86 cm, Mannheim 6.49 m, gef. 88 cm.

Fortsetzung der Warenversteigerung nur noch Mittwoch.
Madlener, Auktionator Ruppurrerstr. 20.



Der beste Zusatz zum Bohnenkaffee ist Kathreiners Malzkaffee. Je mehr Malzkaffee man zusetzt, umso bekömmlicher wird das Getränk. Der Gehalt macht's!

Grosser Gelegenheitsposten
500 Schlafdecken

Jacquard-Decken Baumwolle	3 ⁹⁰	2 ⁸⁰	2 ²⁵
Jacquard-Decken Wolle mit B'woll-Kette . . .	8 ⁷⁵	6 ⁵⁰	4 ⁹⁰
Jacquard-Decken Reine Wolle	21 ⁰⁰	17 ⁷⁵	14 ⁵⁰
Kamelhaardecken mit Baumwollkette	12 ⁰⁰	9 ⁷⁵	7 ⁵⁰
Kamelhaardecken mit Baumwollkette	22 ⁵⁰	18 ⁰⁰	14 ⁵⁰
Steppdecken doppelseitig, Satin, volle Füllung	16 ⁷⁵	12 ⁰⁰	8 ⁵⁰

Ein Posten Biber-Betttücher glatt, weiss und mit roter Kante	230 ¹⁷⁵ 150	Ein Posten Erbstüll-Bettdecken für 2 Betten mit reicher Band-Applikation	13 ⁵⁰ 9 ⁷⁵
--	------------------------	---	----------------------------------

Hugo Landauer

Mode- u. Aussteuerhaus. Kaiserstraße Ecke Lammstraße. 6859

Schuppen! Haarausfall!
verhindert Bergarnika-Haaröl à 50 Pfg. 2501
Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20.

Wilh. Eckert,
Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem Apollo-Theater
empfiehlt sein Lager in 1
Taschen- u. Wanduhren.
Billige Reparatur-Werk-
stätte, Frauringe, 8 u.
4 Lax, gestempelt, das Paar
v. W. 12-27, wissen u. Swiss.

Rademachers Emulsion Honig-Lebertran
mit knochenbildenden Salzen
Beste Emulsionsmarke
von erfrischendem Wohlgeschmack, hustenvorbeugend, sehr bekömmlich

Depots: G. Eitinger, Sophienstrasse 128 — Max Straus, K.-Mühlburg, Hardtstr. 21, 120

Belzfelle.
Sägen, Sägen, Nebfelle und dergl. werden sauber und billig gereinigt, ebenso werden Bögel aller Art präpariert und ausgestellt
Balth. Bindel, Feutern, b. Bruchsal.

Part 4, Gewerksch. Tagungen :: Freunde der Arbeitersache :: rauchen 8242

TAG-GEN Zigaretten
2 - 2 1/2 - 3 - 4 - 5 Pfg.
Tabakarbeiter-Genossenschaft E. G. m. b. H. — Stuttgart.
Zu haben in Zig-Geschäften Töpfer, Ruppurrerstrasse 10, und Josef Brehm, in Durlach: Otto Hoffmann.

Anarbeiten von Betten u. Postermöbeln werden am besten und billigsten besorgt im Postler-Geschäft H. Köhler, Schützenstr. 26. 8707

Schöne 3 Zimmerwohnung im 2. Stock mit Wasser und Gas auf April zu vermieten. 6804 Näheres Hagelsfeld, Wilhelmstraße 2.

Kinderbett, sehr billig zu verkaufen Näh. Werderstr. 89, 3. Et. r. 6868

Herd, Mastatter, gebraucht, gut erhalten, billig zu vert. Lachnerstraße 24 b. Etod.

Schuhwaren,
Kamelhaarstühle sowie Leder-
Sesseln u. Damenstiefel wer-
den zum Selbstkostenpreis ab-
gegeben.
M. Kleinhaus,
Königsstraße 34.



Es liegt in Ihrem eigenen Interesse

von den bekannten Inventur-Ausverkaufs-Angeboten der Firma „**SPIEGEL & WELS**“ den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Sie bieten Ihnen eine großartige Gelegenheit zum Einkauf vortrefflichster Herren-, Jünglings-, Knaben- und Sport-Kleidung, welche jetzt mit ganz enormen Preisermäßigungen zum Verkauf gelangen. Besichtigen Sie die Auslagen in den Schaufenstern Kaiserstraße 76 und 74.

6617

Gewerkschaftskartell Karlsruhe

Am Donnerstag den 15. Januar, abends halb 9 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale Vertreter-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Innere Angelegenheiten
 2. a) Abrechnung vom III. Quartal 1913.
 - b) Abrechnung von der Herbstfeier.
 - c) Abrechnung von der Weihnachtssammlung.
 3. Gründung einer Milchzentrale.
- Um vollständiges Erscheinen erachtet.

Die Par...
Ich kaufe und verr... während getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen.
Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 85.

Metropol-Kino

Den Monopolfilm der Lichtspiele:

Schuldig

5 Akte 5 Akte

der erstmalig in Karlsruhe mit unserem alleinigen Erstausführungsrecht läuft und der nicht zu verwechseln ist mit dem nur 2 aktigen Drama:

Wer ist schuldig?

einer hiesigen Konkurrenz, den wir schon vor 6 Wochen brachten, führen wir seiner Grossartigkeit und Sensation wegen, die er erregt, weiter bis einschliesslich

Freitag

den 16. d. M. vor, neben einem im übrigen vollständig neuen Programm, dessen Hauptnummer die

3 aktige

Kino-Komödie

Das

verschleierte Bild

von Gross-Kleindorf

ist, verbunden mit einem

Preis ausschreiben

1 Preis

2000 Mark.

Frauenbildung - Frauenstudium.

Jeweils abends 1/2 6 bis 1/2 7 Uhr im Singaal der HfH-Schule, Sofienstraße 14

Vortragscyclus.

„Die gebildete Frau als Käuferin“.

Donnerstag, den 15. Januar: „Wohnung und Wandtschmuck“.

Donnerstag, den 22. Januar: „Möbel und Teppiche“.

Donnerstag, den 29. Januar: „Reiszeug und Spitzen“.

Donnerstag, den 5. Februar: „Kleiderstoffe“.

Donnerstag, den 12. Februar: „Metallwaren“.

Karten für alle Vorträge für Mitglieder 4 M., Nichtmitglieder 6 M. Einzelvortrag 1 M. resp. 1 50 M.

Der Vorstand.

Arbeitergesangverein „Freiheit“ Beiertheim.

Am Samstag den 17. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Beierheimer Hof“ unsere ordentliche

Generalversammlung

statt. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Anträge hierzu müssen bis längstens Freitag den 16. Januar beim Vorstand schriftlich eingereicht werden. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Sonntag den 18. Januar von 11 Uhr ab

Humoristisches Preisgegn.

Der Obm.

Lebensbedürfnis-Berein Karlsruhe.

Um die Dividendenberechnung vorbereiten zu können bitten wir, den Umtausch der

1913er

Markenbüchlein

gegen die neuen (1914er) sofort an unserer Kasse Nooustraße 28, vorzunehmen.

Der Vorstand.

Tüchtiger Tagsschneider

für Zivil gesucht.

Schröder & Fränkel, Kaiserstr. 211.

Restaurant „Goldener Adler“.

Spezialauschank der Brauerei Kammerer.

Jeden Donnerstag

Schlacht-Tag.

Hochachtend Ernst Müller.

Ich habe mich in Karlsruhe als Rechtsanwalt

niedergelassen.

Meine Kanzlei ist mit derjenigen des Herrn Rechtsanwalts Dr. R. Gönnert, Karl-Friedrichstr. 18, vereinigt.

Fernsprecher Nr. 561. **Karl Peter.**

Empfehle mein weit bekannt großes Lager in

Herren- u. Damenkostümen

von den elegantesten bis einfachsten, sowie auch schwarze Anzüge und verleihe solche für Gewerkschaftsball zu sehr reduzierten Preisen, so daß sich jeder Arbeiter und Arbeiterin auch ein Vergnügen erlauben kann.

Geschwister Wolf, Maskenverleihgeschäft

Adlerstraße 7, nächst der Kaiserstraße

Wohnung: Adlerstraße 40 II.

Gelegenheitskäufe!

Große Posten

Jacquarddecken, Betteppiche für große Betten passend

per Stück Mk. 2.30 2.40 2.60 2.80 3.-
3.50 4.- 4.50 5.- 5.50 6.- 6.50 7.-
7.50 8.- 9.- 10.- 11.- 12.-

Kamelhaardecken in großer Auswahl.

Sehr lobnend für Wiederverkäufer. Lagerbesuch ohne Kaufzwang.

Arthur Baer, Kaiserstraße 133

Ecke Kaiser- und Kreuzstraße, Eingang bei der kleinen Straße.

Butter-Preisabschlag.

Als Ausgleichstelle sämtlicher badischen Molkereien liefert

täglich frisch:

1st. Sührähtafelbutter pro Pfd. M. 1.40

frei Haus.

Land- und Kochbutter pro Pfd. M. 1.25

frei Haus.

Ab Verkaufsladen Lauterbergstraße 3:

Tafelbutter pro Pfd. M. 1.35

Koch- und Landbutter pro Pfd. M. 1.20

Bei ständiger Lieferung an Konditorien, Hotels und Gänd er billigere Preise.

Milchzentrale Karlsruhe

Lauterbergstraße 3 Telephon 279.

Schwarzwälder Hof Luisenstraße 57.

Gente Mittwoch Schlachttag.

Spezialität: Fellersulzen oder Gallert.

Ebenfalls ist ein schönes Nebenzimmer mit sep. Eingang, ca. 40 Personen fassend, für einige Samstage an Verein oder Gesellschaft zu vergeben.

G. Bender.

Bündelholz

große Bündel per 10 Stk. 1.05

Brikett

per 7 Stk. 10 Pfg.

Jugers Filialen. 6620

Eichene Schlafzimmer- Einrichtung

mit 130 breitem Spiegel-schrank wird für Mk. 295.- abgegeben.

Waldstraße 22.

Ernst Marx

Luisenstraße 45

Telephon 3086

empfehle mein großes Lager in Herden, Tefen, Grudofen, Gasherden, Küchen- und Haushaltungsartikeln, Lampen für Gas und Petroleum und deren Ersatzteile, Glas, Porzellan, Steinzeug etc.

Billige Preise! 3748

Reelle Bedienung!

Ueberzieher

(wenig getragen) von M. 4.- an

(wenig getragen) von M. 8.- an,

neue Ulster

zu jedem annehmbarem Gebot, einz. Hosen, Westen, Joppen

sehr billig. 6662

Gelegenheits-Kaufhaus

Werderstraße 55.